

„Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., in anderen Städten 12 M. Für Postbestellungen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erwerbband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, Böhmen u. Mähren 27 M., für die übrigen deutschen Gebiete 30 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 27 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 46.

Die abgesetzten Kontrahenten über deren Name keine 5.- M. einschließlich Erwerbsgebühr. Kleinanzeigen: Das gesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wochen-Anzeigen: das gesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kritische Lage in Bayern

Kahr kneift erneut — Herausforderung der bayrischen Arbeiter

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.
München, 30. Mai.

Obwohl der Ministerpräsident von Kahr auf das Bestimmteste für heute bündige Erklärungen über die Einwohnerfrage zugesichert hatte, erschien er nicht in der Sitzung des Haushaltsausschusses. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Ministerpräsident nicht in der Lage sei, heute schon eine Erklärung abzugeben, und daß er erst morgen dazu in der Lage sein werde.

Die SPD. protestierte gegen dieses Verfahren. Genosse Garreis hatte sich ebenfalls zum Wort gemeldet, wurde aber am Sprechen verhindert durch einen Antrag der Koalitionsparteien auf Uebertragung zur Tagesordnung. Unter hürmischen Protestrufen der Linken wurde dieser Antrag angenommen. Abg. Garreis (USPD): Die Geschichte wird über diese Regierung zur Tagesordnung übergehen. Wir haben lange genug Geduld gehabt. Wenn Sie uns verhindern, hier Stellung zu nehmen, dann zwingen Sie uns, zu anderen Mitteln zu greifen. Hieraus wird zur Beratung einer Petition übergegangen, nach deren Erledigung die Sitzung vertagt wurde, um den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die Führer der Einwohnerwehren scheinen ihren Widerstand gegen die Entwaffnung nicht aufgegeben zu haben, obwohl die Reichsregierung, ohne eine bayrische Antwort abzuwarten, Entscheidung dahin getroffen hat, daß die bayrischen Einwohnerwehren zu den vorgeschriebenen Waffen zu entlassen und auszulösen seien. Im Anschluß an die Wiedergabe dieser Entscheidung der Reichsregierung schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Es ist kein Zweifel, daß die Lage nunmehr infolge vieler Verzögerungen kritisch geworden ist. Vor allem die zögernde Art der Leitung der bayrischen Einwohnerwehren, die, was unter dem übermenschlichen Zwang der Entente notwendig war, nicht sofort und freiwillig tat, hat die Lage erschwert und drängt jetzt die letzten Entschlüsse auf wenige Stunden zusammen. Sie fordert schwere Entscheidungen. Wer die Stellung des Ministerpräsidenten kennt, wer von den inneren Konflikten weiß, in die Herr von Kahr gerade durch die starre Haltung der Leitung der Einwohnerwehren getrieben worden ist, kann die Besorgnis nicht unterdrücken, es möchte unter den gegebenen Verhältnissen Herr von Kahr die Grenze dessen, was er selbst mit sich zu verantworten hat, für überschritten halten, und deshalb zu dem Entschluß getrieben werden, von seinem Posten zurückzutreten. Das wäre, zumal ein solcher Schritt durchaus nicht notwendig, das Schlimmste, was an Komplikationen eintreten könnte.“

Wie unser Münchener Berichterstatter zuverlässig erzählt, reifen in den letzten Tagen Offiziere in den Landorten und kleinen Städten umher und erklären in Versammlungen der Einwohnerwehren, daß die Einwohnerwehren ihre Waffen unter keinen Umständen abgeben dürfen, gleichgültig, von wem der Befehl zur Entwaffnung komme. Würde Gewalt angewendet, so sollten sie sich widersetzen und ihre Waffen gebrauchen. Gleichzeitig ist die Leitung der Einwohnerwehren bestrebt, die in den Städten, vor allem in München,

liegenden Waffen abzutransportieren und auf dem linken Lande, vor allem im Boralpengebiet, zu verteilen.

Die Forderungen der Arbeiter

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.
München, 30. Mai.

Die Konferenz der südbayerischen Gewerkschaftsvertreter nahm eine Entschlieung an, in der sie die Regierung aufforderte, unverzüglich die Verfassung des Deutschen Reiches auch in Bayern zur Geltung zu bringen und die in der Verfassung garantierten Rechte auch in Bayern der Bevölkerung zu gewährleisten, sowie die Reichsgeschäfte zum Vollzug zu bringen. Es wird gefordert:

- Unverzügliche Aufhebung des Belagerungsstatus des Landes, volle Versammlungs- und Redefreiheit, Aufhebung der Zeitungsverbote, Freilassung der politischen Gefangenen, Aufhebung der Volksgerichte, Aufhebung und Entwaffnung der Einwohnerwehren und ähnlicher Organisationen, sofortige Zurückberufung und Entwaffnung der Zeitfreiwilligen und aller bayrischen Truppenverbände aus Bayern und sofortige Schließung der Werbebüros.

Die Konferenz protestiert gegen die nichtsagenden Erklärungen des bayrischen Ministers über die Entwaffnungsfrage im Haushaltsausschuß des Landtags und beauftragt die Agitationskommission der südbayerischen Gewerkschaftsvertreter:

„unverzüglich mit den sozialistischen Parteien in Fühlung zu treten und zu der geschaffenen Lage Stellung zu nehmen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen.“

Rundgebung der USP. Bayerns

Der Landesvorstand der U. S. P. Bayerns beschloß folgende Rundgebung:

„Der Landesvorstand der U. S. P. begrüßt die zur bayrischen Politik gefaßte Entschlieung der südbayerischen Gewerkschaften. Sämtliche Einzelforderungen dieser Entschlieung sind stets von der U. S. P. Bayerns mit allem Nachdruck verfolgt worden und werden weiter verfolgt werden. In der Frage der Entwaffnung und der Auflösung der Einwohnerwehre ist die USP. Bayerns entschlossen, im Zusammenwirken mit der ganzen freigewerkschaftlichen und sozialistischen organisierten Arbeiterschaft Bayerns ihre ganzen Kräfte aufzubieten und dafür zu sorgen, daß die Deutschland auferlegten Verpflichtungen ehrlich durchgeführt und alle sich dagegenstellenden Widerstände gebrochen werden. Im Falle einer Weigerung der Regierung Kahr, die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren vollständig durchzuführen, werden die Parteigenossen im ganzen Lande aufgefordert, den Weisungen des Landesvorstandes geschlossen Folge zu leisten.“

Eine neue Erklärung Briands

Paris, 30. Mai.

Ministerpräsident Briand erklärte im Senat, Frankreich, das so praktisch und voll von gesundem Menschenverstand sei, habe sich gesagt, Deutschland werde zahlen, Deutschland müsse zahlen, aber inzwischen müsse man nur auf sich selbst und auf das Prestige des Sieges zählen. Das Volk wolle vom Feinde soviel verlangen, wie möglich sei, aber die Ereignisse zwängen doch traurige Ausblicke auf. Man sage immer, man habe seit zwei Jahren von Deutschland nur einen schwachen Teil der Hoffnungen gernernt. Man müsse die Dinge mit Kaltblütigkeit betrachten. Er gebe zu, daß man ihm Irrtümer vorwerfen könne, aber er wolle die Lage mit gutem Willen nach Artikel 232 des Friedensvertrages beurteilen. Deutschland sei für verantwortlich erklärt worden. Es müsse alles zahlen, auch die Schäden der Privatpersonen. Aber hier komme dann eine andere Bestimmung des Vertrages in Betracht, wonach die Forderung nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit übersteigen dürfe. Eine Kommission hat den Schaden abgeschätzt, man habe ihr das Recht gegeben, auf die Zahlungsfähigkeit des Schuldners Wert zu legen, und auch das Recht, die Zahlungsbedingungen, wenn möglich, abzuändern. Das schon erklärt, daß man jetzt auf den Friedensvertrag zurückgekommen sei. Nach dem Siege seien noch manche Dinge notwendig gewesen. Je mehr man sich aber von dem Kriege entfernt habe, um so mehr hätten sich die Dinge geändert. Man müsse mit praktischen Realitäten rechnen. Zwei Jahre lang habe die Reparationskommission schlecht funktioniert, weil die Delegierten untereinander nicht einig gewesen seien. Man habe den Vertrag für unausführbar gehalten. Briand spricht fort.

Reichstagsseröffnung

Heute tritt der Reichstag zusammen. Aber erst morgen wird die Regierung ihr Programm entwickeln, und erst dann wird es möglich sein, die Stellung unserer Partei zu den einzelnen Punkten zu präzisieren. Die Unabhängige Sozialdemokratie treibt eine grundsätzliche Politik, die das Ziel verfolgt, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren und die Machtstellung der Arbeiterklasse zu befestigen und zu erweitern. Von diesen sachlichen Gesichtspunkten aus wird die Partei zu dem Programm der Regierung Stellung nehmen.

Das Kabinett hat während der Reichstagspause eine Erweiterung erfahren. Herr Dr. Rosen ist Außenminister geworden, und es wird sich bald erweisen müssen, ob er die Kraft hat, die Außenpolitik unbeeinflusst von nationaler Romantik in jener Bahn fortzuführen, die mit der Annahme des Ultimatums eingeschlagen worden ist. Nicht minder wichtig wird es sein, ob er jene immer wieder aufgeschobene Leistung endlich vollbringen kann, aus dem auswärtigen Amt ein taugliches Instrument für die Unterstützung einer vernünftigen und konsequenten Politik zu machen.

Dr. Rathenau ist Wiederaufbauminister geworden. Er wird von der Presse der gesamten Rechten außerordentlich heftig angegriffen, und der Hansa-Bund, in dem sich jetzt unter Führung des „Demokraten“ Gothe die sozialrädlichsten Elemente zur Bekämpfung einer die Besiehenden belastenden Steuerpolitik sammeln, hat bereits eine offizielle Kriegserklärung gegen ihn losgelassen. Die Presse der Linken und der Rechtssozialisten begrüßt ihn um so freundlicher und knüpft an seine organisatorischen Fähigkeiten große Erwartungen. Dr. Rathenau ist gewiß ein Mann von Qualität, und er hat in verschiedenen Schritten nicht nur manch Geistesreiches über allgemeinhinliche Angelegenheiten, sondern auch viel Treffendes zur Kritik der kapitalistischen Wirtschaft gesagt. Seine positiven Vorschläge zur Schaffung einer „Planwirtschaft“ scheinen uns allerdings aus einem mehr technischen, als aus dem nationalökonomischen Gesichtswinkel gesehen. Daß im Wiederaufbauministerium sehr nützliche Arbeit geleistet werden kann, unterliegt keinem Zweifel. Aber auch da wollen wir die Taten des neuen Ministers abwarten, bevor wir zu ihm Stellung nehmen.

In einem Punkt jedoch gibt das Ministerium Wirth schon heute Anlaß zur Kritik. An dem Tage, an dem dieses Kabinett ins Amt trat, hat unsere Fraktion in der Rede Ledebours an die neue Regierung die nachdrückliche Aufforderung gerichtet, nicht nur in der äußeren Politik, sondern auch in der inneren einen Strich durch die Vergangenheit zu machen und mit den schlechten Ueberlieferungen des abgetretenen Ministeriums zu brechen. Wir haben die Beseitigung der Sondergerichte, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und den Erlass einer Amnestie gefordert. Nichts davon ist bisher geschehen. Das ist um so schlimmer, da niemand behaupten kann, daß die Sondergerichte und der Ausnahmezustand sich auch nur vom Standpunkt der Gegner irgendwie rechtfertigen ließen. Der kommunistische Putsch war in sich selbst zusammengebrochen, war an dem Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft gescheitert. Selbst der verbissenste reaktionäre Ordnungsanstifter kann nicht behaupten, daß der Ausnahmezustand noch bestehen bleiben sollte, um irgendwelche neue Unruhen zu verhindern. Diese Maßnahme ist nichts als eine Gehässigkeit, ihre Fortdauer läßt aber auf einen sehr bedauerlichen Mangel an Achtung für die staatsbürgerlichen Rechte schließen. Nicht nur ein rechtssozialistischer, sondern auch ein halbwegs liberaler Minister müßte den Ehrgeiz haben, diesen Zustand sofort zu beseitigen. Herr Dr. Gradnauer aber hat noch nicht einmal dieses einfache Anstandsgebot erfüllt.

Ebenso bedeuten die Sondergerichte eine fortwauernde Reizung der Arbeiterschaft. So wenig sie mit dem kommunistischen Putsch und seinen sinnlosen Begleiterscheinungen etwas zu tun haben wollte, so wenig will sie etwas von der summarischen Klassenjustiz wissen, die nun schon seit Monaten waltet. Wir wollen, daß diejenigen, die aus politischen Gründen gegen die Strafgesetze verstoßen haben, nicht durch Gefängnis und Zuchthaus zu gebrochener Existenz werden, und wir meinen, daß es Aufgabe der Rechtssozialisten in der Regierung gewesen wäre, dieser Forderung, die dem Empfinden der ganzen Arbeiterklasse entspricht, Geltung zu verschaffen, die Sondergerichte zu beseitigen und durch eine Amnestie die Opfer einer falschen Politik freizugeben.

Eine ebenso dringliche Aufgabe, die die Reichsregierung bisher auch nicht zu lösen vermocht hat, ist die Entwaffnung und Auflösung der Orgeß in Bayern. Anstatt von vornberein der Oeffentlichkeit reinen Wein einzuschütten und so die widerspenstigen Elemente in Bayern zu isolieren und sich der Hilfe der Arbeiterschaft zu bedienen, um den entsprechenden Druck auf die bayrische Regierung zur Durchführung der Entwaffnung und der Auflösung der Einwohnerwehren auszuüben, hat sich die Regierung auf Verhandlungen eingelassen, so daß wir nun wenige Tage vor dem endgültigen Termin noch keine Sicherheit haben, ob nicht die bayrischen Hinterwälder den Gang der deutschen Politik bestimmen werden. Was die Reichsregierung jetzt

Die Milliardenrechnung Frankreichs

Paris, 30. Mai.

In der heutigen Sitzung des Senats wurde über das Budget der von Deutschland zurückzahlenden Ausgaben beraten. General-Berichterstatter Chéron erläuterte den Bericht über das Budget der Ausgaben für Pensionen, Zuschüsse für Pensionen, Zuweisungen und den Wiederaufbau. Nach seiner Ansicht hat Frankreich bis jetzt 60 Milliarden für Pensionen und Entschädigungen sowie für Sachschäden bezahlt. Für Pensionen sei noch ein Kapital von 49 Milliarden zu verausgaben. Der Wiederaufbau der befreiten Gebiete würde 78 Milliarden kosten, was insgesamt 187 Milliarden ausmache. Frankreich erhalte nach dem Abkommen von London etwa 68 Milliarden 840 Millionen Goldmark, was nach der Berechnung von Sachverständigen nach dem heutigen Kursstand 151 Milliarden Franken ausmache. Da der Kurs sich aber bessere, würde der Wert der französischen Forderung sich vermindern. Der Berichterstatter präzisiert alsdann die Zahlungsmodalitäten. Kamentlich weist er darauf hin, daß die Schatzkammer wohl nicht ohne Schwierigkeiten abgelegt werden könnten. Die Reparationskommission habe so entschieden, daß Frankreich einen Teil seiner Forderung aufgegeben habe. Diese Entscheidung könne man nicht ohne Erregung hinnehmen. Der Berichterstatter sagte, die budgetäre Lage sei so, daß noch in diesem Jahre 37 Milliarden für die Ausgaben gesucht werden müßten, auf deren Erstattung man rechne. Noch im Jahre 1927 müsse man etwa 5 bis 6 Milliarden durch Anleihen ausbringen. Trotzdem aber dürfe man den Mut nicht verlieren. Senator Chéron hat behauptet, daß die 12 Milliarden, die Deutschland bis zum 1. Mai hätte zahlen sollen, in die Hauptschuld einbezogen worden seien.

fäumt hat, das haben aber die bawrischen Arbeiter mit Deutlichkeit nachgeholt. Die Kundgebung der Gewerkschaftskarteile Südbayerns, die auf Anregung der Unabhängigen erfolgt ist, zeigt, daß die Arbeiter in Bayern selber vorgehen werden, wenn die Reichsregierung in unzerstücklicher Geduld sich noch länger an der Nase herumführen läßt.

Einen wichtigen Abschnitt des Regierungsprogramms werden die Steuer- und Wirtschaftspläne bilden. Sie werden darüber Aufklärung bringen müssen, wie weit diese Koalitionregierung den Versuch machen wird, die Lastenverteilung in einer Weise vorzunehmen, die die arbeitenden Massen nicht noch tiefer in ihrer Lebenshaltung herabdrückt. Die Geldentwertung und die Wirtschaftskrise haben eine furchtbare Verheerung angerichtet. Die Löhne sind in Deutschland tief unter dem Niveau, das sie in den wichtigsten mit Deutschland konkurrierenden Industrieländern einnehmen. Den niedrigsten Löhnen, der Lohn- und Gehaltsempfänger, durch die Deutschland auf dem Weltmarkt als beachtenswerter Konkurrent auftritt, stehen aber die gerade an der Ausfuhr erzielten Riesengewinne der Industrie und des Freihandels gegenüber.

Ebenso die gewaltigen Gewinne der Landwirtschaft durch die Freigabe der behördlich bewirtschafteten Lebensmittel. Nun soll auch noch der letzte Damm niedergedrückt werden, der bisher die Anpassung der Preise für das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, an die Weltmarktpreise verhinderte. Die Einführung des Umlageverfahrens für Getreide entspringt der Absicht, den Landwirten eine so weitgehende Erhöhung ihrer Preise zu gewähren, daß sie hinter den Weltmarktpreisen nur noch wenig zurückbleiben werden. Von einer Anerkennung der Koalition der Lohn- und Gehaltsempfänger und der zahlreichen sonstigen Schichten der minderbemittelten Bevölkerung, die dadurch in der Befriedigung des Lebensnotbedarfs sich weitere Einschränkungen auferlegen müssen, ist nicht die Rede. Die Lage all dieser Schichten aber läßt es als ausgeschlossen erscheinen, daß sie einen verdoppelten oder verdreifachten Brotpreis ohne Lohn- und Gehaltserhöhungen tragen können. Der Kurs der Regierung Wirth wird deshalb an ihrer Stellungnahme zu dieser Frage deutlich zu erkennen sein. Hier entscheidet es sich, ob sie den Massen der Bevölkerung zugunsten der Agrarier neue Lasten auferlegen will, oder ob sie bereit ist, eine weitere Belastung der Lebenshaltung der Massen zu verhindern.

Das aber ist notwendig. Denn schon jetzt bleibt der Konsum der wichtigsten Nahrungsmittel weit unter dem zu einer ausreichenden Ernährung notwendigen Umfang zurück, weil die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger zu gering ist. Unter solchen Umständen ist auch eine weitere Einschränkung der Lebenshaltung durch erhöhten Steuerdruck nicht mehr zu ertragen, während die bestehenden Kräfte endlich gezwungen werden müssen, erst einmal die Steuern zu zahlen, die seit Jahren beschlossen sind. Die bestehenden Klassen Deutschlands sind allerdings noch immer der Meinung, daß die Folgen des verlorenen Krieges und die Konsequenzen ihrer Politik auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden können.

Hier ist die entscheidende Frage, von deren Verantwortung nicht nur das Schicksal der Regierung, sondern auch die Gestaltung der ganzen inneren Politik in der nächsten Zukunft abhängen wird.

Der Werbeunfug dauert fort

Trotz der von der Regierung angeordneten Maßnahmen, werden von den nationalistischen Elementen immer noch die Versuche fortgesetzt, Freiwilligenverbände aufzustellen und nach Schlesien zu verschieben. Die Sehnsucht dieser Herrschaften nach einem neuen Krieg ist eben so stark, daß sie nicht ohne weiteres davon lassen können. Auf das Verbot aller Werbungen sprechen sie einfach. Wird die eine Werbebestelle aufgehoben, so machen sie an einer anderen Stelle gleich eine neue auf. Ihre Annahme geht sicher dahin, daß sie vor Strafverfahren geschützt seien, und wenn es wirklich dazu kommen sollte, so erhoffen sie sich rechtzeitig eine Amnestie. Sie vertrauen darauf, daß die bürgerliche Justiz sie ganz anders anfassen werde, als wenn es sich um irreführende Arbeiter handelt. Die dafür verantwortlichen Organe der Regierung haben nun endlich dafür zu sorgen, daß dem Werbeunfug für immer ein Ende gemacht wird. Wie sehr er noch in Blüte steht, dafür wiederum einige Beispiele:

In Potsdam wurde Montag vormittag eine Werbebestelle aufgehoben. Ein Transport war bereits zusammengestellt, er sollte erst nach Berlin geleitet und vom Schlessischen Bahnhof 8,57 Uhr abends abgehen. Wir hoffen, daß das verhindert worden ist, da alle in Frage kommenden Stellen davon unterrichtet waren. Die Werbebestelle befindet sich in Potsdam, Restaurant zur Kornblume, Kirchstraße. Ihr Leiter ist der Justizsekretär Oppermann. Montag mittag wurde am Sietziner Bahnhof ein Transport von 58 Mann festgesetzt. Diese Leute waren gleichfalls in Potsdam und zwar von dem Verband national gesinnter Soldaten, Wilhelmstraße 6, angeworben worden. Angehört waren sie zur Arbeitsleistung in einem Torfstich bestimmt. Offenbar handelt es sich aber dabei um verkappte Werbungen für Oberschlesien. Es wurde den Leuten pro Tag 50 Mark zugesichert, angenommen wurden nur gediente Soldaten mit einwandfreier Gesinnung. Nach vierzehn Tagen sollten sich die Angehörigen der Angeworbenen in Roabit, Turmstraße 72, je 100 Mark abholen.

Im ganzen Kreise Zauch-Belzig sind folgende Plakate angeschlagen worden:

Freiwillige für Oberschlesien gesucht!

Es werden im Kreise Zauch-Belzig sofort gesucht: gediente Infanteristen und Pioniere aller Dienstgrade.

Einheitslohnung: 50 Mark und freie Verpflegung.

Meldestelle in Wehlin: „Hotel zur Post“ täglich 8-12 und 2-6 Uhr.

Man konnte dieses Plakat am Sonntag im Gasthaus Krüger in Weh a. d. Havel hängen sehen, ferner im Restaurant Anna Heinrich, Kolonie Nichtenwalde, wohin es der Ortsvorsteher des Dorfes Kleisow brachte. Der Mann beschwichtigte die Bedenken der Wirtin mit den Worten, daß die Engländer hinter dieser Werbung ständen.

Es wurde uns weiter mitgeteilt, daß sich in Oldenburg unter Führung von Leutnant Fries eine Werbebestelle befindet, die Mannschaften für das Freikorps „Garius“ befragt. Dieses Korps liegt am Rosenberg (Oberschlesien) herum und hat in Ramsau seinen Stab. Die Seele des Unternehmens sind Hauptmann von Kumbi und Oberleutnant von Wante. Als Transportführer sind tätig: Ernst Neubauer, Zivilberuf Ministerialbeamter, und Alfred Steger, Zivilberuf Unterwachtmeister bei der Sicherheitspolizei in Oldenburg. Am vorigen Sonnabend ist ein Transport von etwa 25 Mann von Bremen nach Ramsau abgegangen. Solche Transporte sollen sich jeden zweiten Tag vollziehen.

Soweit das noch nicht geschehen ist, wird es die Aufgabe der Regierung sein, die hier genannten Werbebestellen aufzu-

heben und die daran beteiligten Personen zur strengsten Rechenschaft zu ziehen.

Die Durchführung des Ultimatums

Angeblliche Pläne des Reichswirtschaftsministeriums

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in ihrer gestrigen Abendausgabe einen angeblichen Vorschlag des Reichswirtschaftsministers, der dem Reichskabinett zwecks Leistung der Reparationsfrage vorliegen soll. Wie die B. V. R. mitteilen, sind die Mitteilungen der „Deutschen Tageszeitung“ teils unwahr, teils aus einem größeren Zusammenhang herausgerissene unzutreffende Behauptungen. Nach den Angaben der „Deutschen Tageszeitung“ lauten die wesentlichsten Punkte des Vorschlags des Reichswirtschaftsministeriums:

1. Bei dem Eingriff in die Substanz des deutschen Vermögens sollen in erster Linie die sogenannten Sachrechte, die angeblich von der Entwertung des deutschen Geldes nicht betroffen worden sind, herangezogen werden, nämlich der ländliche und städtische Grundbesitz sowie die industriellen und kaufmännischen Unternehmungen aller Art. Zugunsten des Reparationsfonds sollen 20 Prozent dieser Besitzgattungen enteignet werden.

2. Bei ländlichem Grundbesitz ist die Enteignung auf folgende Weise gedacht: Zugrunde gelegt wird der Friedensvollwert. Dieser wird zum Kurs von einer Goldmark = 15 Papiermark in Papiermark umgerechnet. Auf den sich so ergebenden Papierwert des ländlichen Grundbesitzes wird eine Zuschuhypothek in Höhe von 20 Prozent mit allen bisher bestehenden Belastungen eingetragen. Diese Zuschuhypothek stellt nicht weniger als 300 Prozent des Friedenswertes dar. Sie übersteigt also insoweit bei der größten Mehrzahl aller Fälle den Gesamtwert, den der Grundbesitz heute hat. Die 20proz. Zuschuhypothek ist also in Wirklichkeit eine völlige Enteignung des Grundbesitzes aller Kategorien.

3. Für den städtischen Grundbesitz wird die Enteignung auf demselben Wege vorgenommen. Da es offensichtlich ist, daß bei den gegenwärtig gesetzlich festgelegten Höchstmieten auch nicht ein kleiner Teil der Zwangshypothek verzinst werden könnte, ist vorgesehen, daß zu den bestehenden Mieten ein Zuschlag von 300 Prozent der Friedensmiete mit der ausschließlichen Bestimmung der Verzinsung der zugunsten des Reparationsfonds eingetragenen Zuschuhypothek tritt.

4. Bei den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen einschließlich der Banken soll an Stelle der hypothekarischen Zuschuhypothek eine Zwangsbeteiligung für den Reparationsfonds in Höhe von 20 Prozent des in den betreffenden Unternehmungen investierten Kapitals treten. Bei künftigen Kapitalserhöhungen ist der Anteil des Reparationsfonds stets entsprechend mitzuerhöhen.

5. Durch neue Steuern und Abgaben soll der Inlandsverbrauch auf den „lebensnotwendigen Bedarf“ eingeschränkt werden, um auf diese Weise die Einstellung der Produktionsstätten auf Ausfußgüter zu erzwingen. Gleichzeitig sollen die Reichszuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittelpreise in Wegfall kommen. Die Lebensmittelpreise sollen den Weltmarktpreisen angepaßt werden. Unter den neuen Steuern befindet sich auch eine Erhöhung der Kohlensteuer in einem Ausmaß, daß der inländische Preis der Kohle unter der Berücksichtigung der Valutaentwertung dem Weltmarktpreis angepaßt wird.

Die Tendenz in der Veröffentlichung der „Deutschen Tageszeitung“ wäre ohne diese Angabe ganz offenkundig. Wenn das Blatt, das jeden Tag nach den Weltmarktpreisen für Lebensmittel schreibt, nun mit einem Mal jammert, daß angeblich die Regierung diese Absicht erfüllt, so kann man sicher sein, daß es sich dabei um einen ganz gewöhnlichen nationalistischen Trick handelt. Es unterliegt ja auch keinem Zweifel, daß die entstellte Veröffentlichung der Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums erfolgt ist, weil diese Herrschaften sich den Leistungen zur Aufbringung des Ultimatums am liebsten ganz entziehen möchten und weil ihnen nicht die angebliche Preissteigerung, wohl aber der Eingriff in die Vermögenssubstanz unangenehm ist.

Es ist aber nicht nur durchaus berechtigt, sondern auch zwingend notwendig und der einzige Ausweg zur Aufbringung der ungeheuren Mittel, daß der Staat an den realen Werten, die in Industrie und Landwirtschaft angesammelt sind, beteiligt wird. Das darf natürlich nicht geschehen, um die Substanz zu veräußern, sondern um dem Reich einen Teil jener großen Gewinne zu verschaffen, mittels deren die Wiedergutmachungsleistungen aufgebracht werden müssen. Da es einen anderen Ausweg als diesen nicht gibt und da Landwirtschaft und Industrie außerordentlich fette Jahre hinter sich haben, ist die Entwertung der Kapitalisten über derartige Pläne genau so zu bewerten wie ihr seit Jahren betriebenes Geschrei über die Besitzsteuern.

Ebenso notwendig aber ist, daß die Arbeiterschaft gegen die Folgen des Abbaus der Zwangswirtschaft auf den verschiedenen Gebieten geschützt wird. Die Milliardenzuschüsse für Lebensmittel, die Milliarden für die Baukostenverbilligung sind bisher nur der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft in Gestalt niedriger Löhne und tieferer Gewinne zugute gekommen. Deshalb müssen jetzt Wege gefunden werden, um die durch den Abbau der Zwangswirtschaft erhöhten Kosten für den Lebensunterhalt auf die Industrie und den Handel abzuwälzen. Wenn die Maßnahmen der Regierung der Absicht entspringen, den Inlandsverbrauch auf den „lebensnotwendigen Bedarf“ zu beschränken, so kann das natürlich nur für die bestehenden Schichten gelten. Denn der Verbrauch der Lohn- und Gehaltsempfänger ist bereits seit langer Zeit weit unter dem lebensnotwendigen Bedarf angelangt. Er verträgt keine weitere Belastung, soll nicht die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitsleistungen eine ungeheure Schädigung erfahren und so die Erfüllung der Wiedergutmachung in Frage gestellt werden.

Standrechtliche Erschießung

Wir haben vor einigen Tagen ein Dokument aus Quersfurt veröffentlicht, das die Angabe enthält, daß dort am 28. März ein Arbeiter standrechtlich erschossen worden sei. Demgegenüber wird nun von amtlicher Stelle behauptet, daß das veröffentlichte Dokument der Polizeiverwaltung Quersfurt gefälscht ist. Der erschossene Arbeiter wurde mit der Waffe in der Hand beim Plündern ertappt und erschossen.

Jeder Mensch mit gesundem Sinnen wird in dieser Ableugnung eine völlige Bestätigung der von uns behaupteten Tatsache erblicken. Es bleibt also dabei, daß eine standrechtliche Erschießung vorgenommen worden ist.

Der Januarputsch 1919

Die Schuld der Rechtssozialisten

In seiner Rede vor dem Zentralausschuß der B. V. R. hat Paul Lenz auch über die inneren Kämpfe in der kommunistischen Partei während des Januarputsches 1919, die bereits bekannte Tatsache mitgeteilt, daß Rosa Luxemburg und Leo Jogisches die Putschtaktik Liebknechts scharf bekämpft haben.

Der „Vorwärts“ sucht das zu einer Rechtfertigung der damaligen Haltung der Rechtssozialisten zu benutzen. Das ist ihm jedoch nur möglich, durch eine Entstellung der damaligen Sachlage. Zunächst ist falsch, daß die Unabhängige Partei an der damaligen Aktion beteiligt gewesen ist. Ihre Leitung hat sich vielmehr sofort mit aller Entschiedenheit bemüht, durch das Angebot ihrer Vermittlung den Konflikt aus der Welt zu schaffen, die revolutionären Elemente haben etwas später dasselbe getan. Diese Vermittlungsversuche aber haben die Rechtssozialisten bewußt durchkreuzt. Das wird ausdrücklich von Koske festgestellt, der in seinem Buche „Von Kiel bis Rapp“ über die entscheidende Kabinettsitzung vom 6. Januar 1919 schreibt:

„Meiner Meinung, daß nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen, wurde nicht widerprochen.“

Und so wurden dann, immer Koske zufolge, die alten kaiserlichen Offiziere — Hauptmann Vahst, General Maerker, General Hoffmann, Oberst Reinhard und die berüchtigten Marineoffiziere aus Kiel und Wilhelmshaven, die „darauf brannten, als erste nach Berlin zu kommen“ — herbeigerufen, und die Herrschaft der Militaristen begann mit dem Abschlichten der Arbeiter. Viele Möglichkeiten bestanden damals, ein Blutvergießen zu vermeiden. Die USPD bemühte sich fortgesetzt, durch Verhandlungen den Konflikt beizulegen. Zum Schein ging auch die Regierung Ebert-Scheidemann-Koske darauf ein, aber nicht, um Arbeiterleben zu schonen, sondern um Zeit für das Morde zu gewinnen. Auch hierbei können wir uns wiederum auf Koske berufen, der auf Seite 73 seines Buches schreibt:

„Die Unabhängigen schickten Unterhändler in die Reichskanzlei, damit ein Abkommen wegen der Freigabe der Zeitungen getroffen werde, die natürlich von der Regierung mit Konzessionen hätte erkaufen werden müssen. Sie haben später mit Recht die Vermutung ausgesprochen, daß ich mich sorgfältig auf das nachdrücklichste gegen ein Kompromiß ausgeprochen habe.“

Die Absicht der Rechtssozialisten, den Konflikt nicht gütlich aus der Welt zu schaffen, die angebotene Vermittlung der Unabhängigen abzulehnen, und der dann begonnene Koskekurs mit allen seinen Schweißigkeiten bleibt also ihr großes Verbrechen an der deutschen Revolution. Dadurch, daß sie die alten Militaristen wieder in den Sattel hoben, haben sie geradenwegs den Rapp-Putsch vorbereitet und darüber hinaus auch der Reaktion auf jedem Gebiete die Wege geebnet.

Gegen die Verteuerung der Lebenshaltung

Nach den bisher gemachten Erfahrungen hat der von den bürgerlichen Parteien mit Hochdruck betriebene Abbau der Zwangswirtschaft zugunsten des freien Handels fast ausnahmslos solche Preissteigerungen zur Folge gehabt, daß es in diesen Zeiten der um sich fressenden Arbeitslosigkeit den ärmeren Bevölkerungsschichten unmöglich gemacht wurde, auch nur das allernotwendigste zu kaufen. Die Aufhebung der Rationierung der wichtigsten Lebensmittel kommt bekanntlich immer nur denen zugute, die kraft ihres gesparten Geldbeutels mehr wirtschaftliche „Elenbogenfreiheit“ haben als der besitzlose Prolet. Da am 1. Juni die Milchwirtschaft frei wird, hat auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen die Fraktion der U. S. V. im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die Freigabe der Milchwirtschaft zum 1. Juni wird eine ganz erhebliche Preissteigerung zur Folge haben und die Ernährung der Schwangeren, Kinder und Kranken auf das schwerste gefährden.

Der Landtag ersucht das Staatsministerium, ausreichende Mittel bereitzustellen, damit es der minderbemittelten Bevölkerung ermöglicht wird, den Kranken und Kindern die unentbehrliche Milch zuzuführen.

Ferner hat die U. S. V.-Fraktion im Landtag eine große Anfrage an die Staatsregierung gestellt, die die Befreiung des Landwirtschaftsministeriums betrifft, welche für das Einammeln von Beeren und Pilzen in Staatswaldungen durch Verfügung 5 bzw. 10 M. Gebühr fordert. Bemerkenswert ist an dieser Befreiung, daß sie noch aus der Amtszeit des verstorbenen rechtssozialistischen Landwirtschaftsministers und Ministerpräsidenten Braun datiert.

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft?

Zur Beseitigung der gegenwärtigen Wohnungsnot wird immer wieder die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Einführung der freien Wirtschaft im Wohnungswesen verlangt. Die Mieten werden heute unter dem Einfluß der Mieterchutzgesetzgebung verhältnismäßig niedrig gehalten. Die Baukosten sind gegenüber dem Frieden auf das 12- bis 15fache gestiegen; die Mieten noch nicht einmal das Doppelte. Was erscheint da näherliegend als die Aufhebung der Mietbeschränkungen? Dann müssen eben im Spiel von Angebot und Nachfrage die Mieten so hoch steigen, daß sie eine angemessene Verzinsung der heute aufzuwendenden Baukosten ermöglichen. Dann wird sich das Kapital dem Wohnungsbau zuwenden, und die Wohnungsnot hat ein Ende.

Eine solche Kur würde freilich eine richtige Eisenbahnkur sein. Gewiß: würden die Mietbeschränkungen aufgehoben, so würden die Mieten steigen. Sie würden höher steigen als zur Deckung der erhöhten Kosten des Hausbestandes notwendig wäre. Damit würden die Renten der Grundstückeigentümer ebenfalls steigen, der Wert der Grundstücke und ihre Verkaufspreise würden eine schwindende Höhe erreichen, und die Verschuldung der Grundstücke würde in nie gesehenem Umfang zunehmen. Das wäre aber auch alles! Zur Bauaktivität aber würden wir nicht kommen! Denn die Boraussetzung bei allem wäre doch die, daß eine Steigerung der Mieten auf das 12- bis 15fache des Friedensstandes jetzt und für alle Zukunft möglich wäre. Wenn man nun auch gesagt hat, daß die Steigerung der Mieten für das Volk nötig sei, wie das tägliche Brot, so werden doch selbst die kühnsten Optimisten im Kampf um die freie Wirtschaft eine solche Steigerung heute nicht für möglich halten. Dann würde aber auch diese Politik dem privaten Kapital immer noch keinen genügenden Anreiz zur Förderung der Bauaktivität geben. Man hätte also zwar eine gewaltige Belastung der Mieter, aber keine Neubauten. Daß diese Ermüdungen richtig sind, zeigt uns das Beispiel der Vereinigten Staaten in Nordamerika. Hier besteht keine Zwangswirtschaft für Wohnungen, keine Rationierung, keine Höchstmieten, keine Baukostenzuschüsse. Das Ideal der freien Wirtschaft, hier ist es erhalten geblieben; und trotzdem werden in Amerika kaum neue Wohnungen gebaut. Der Kampf gegen die Wohnungsnot erscheint darum dort bei der freien Wirtschaft genau so schwierig wie in Deutschland.

Nahrungsmittelnot in Oberschlesien

Eine Beschwerde der Gewerkschaften

Oppeln, 30. Mai.

Da die Interalliierte Kommission ist gestern vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsverband folgendem Beschlusse getätigt worden: Die Interalliierte Kommission hat am Donnerstag, den 19. Mai, also vor zehn Tagen, den unterzeichneten Gewerkschaftsvertretern in Oppeln das Versprechen gegeben, daß die interalliierten Mächte Maßnahmen getroffen haben und noch treffen werden, um den gegenwärtigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Zur Prüfung der vorgetragenen Leiden der ober-schlesischen Bevölkerung, insbesondere der Einwohner der Stadt Kattowitz, wurde von der Interalliierten Kommission der Oberbefehlshaber der interalliierten Truppen nach Kattowitz geschickt. Der Oberbefehlshaber, Herr Gratier, war wiederholt einige Stunden in Kattowitz. Jedwede erkennbare Tat ist jedoch nicht in Erscheinung getreten, die Leiden der Bevölkerung haben sich noch gesteigert. Zur Abperrung der Lebensmittel, der Milch für die Säuglinge, jeden Verkehrs und zu den täglichen Gewalttätigkeiten ist seit dem 21. Mai noch die Abperrung des Wassers hinzugekommen. Die Sterblichkeit nimmt zu. Die interalliierten Lokalbehörden haben den Besitzern der ober-schlesischen Bevölkerung gegenüber nur Worte und keinen dem verdienstlichen Verdien der Injuranten tatenslos zu. Kein Bürger ist seines Lebens sicher. Nach wie vor verkehren die französischen Soldaten mit den Interalliierten in der freundschaftlichsten Weise. Wir warnen die Interalliierte Kommission noch einmal, denn sie trägt die Verantwortung vor dem Gesetz und dem Gewissen der Welt.

Die deutsche Grenze geschlossen

London, 30. Mai (M. T. B.)

Während nach einer Reutersmeldung General Le Nord berichtet, daß bewaffnete Deutsche weiter in Oberschlesien einrücken, erklärt der „Times“-Berichterstatter in Oppeln, daß die Grenze an der deutschen Seite jetzt so beständig wie nur irgend möglich geschlossen sei. Die Disziplin der Leute des Generals Höfer sei gut, und es bestehe kein Zweifel daran, daß General Höfer sie fest in der Hand hat. Das ist „Daily Telegraph“ zufolge bei den polnischen Injuranten nicht der Fall, aber die Korlanin in zahlreichen Bezirken keine Kontrolle mehr besitzt, und die daher Eisenbahnschienen in Brand gesetzt, Städte anshungern und Schloßer plündern. Laut „Times“ ist die Lage hinsichtlich des Zusammenwirkens zwischen britischen und französischen Truppen in Oberschlesien sehr heikel. Die Franzosen haben bisher, wie das Blatt hervorhebt, der polnischen Besetzung so gut wie keinen Widerstand entgegengesetzt. Es kann nach der „Times“ kaum erwartet werden, daß die britischen Truppen dieselbe Haltung annehmen. Wenn die Franzosen ihre Politik nicht ändern, bestehe daher die erste Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den geringen britischen Streitkräften und den polnischen Aufständischen.

Die Besprechungen dauern fort

Paris, 30. Mai.

Wie die Havasagentur mittelt, dauern die Besprechungen zwischen den Staatsanzweilen in Paris und London über die Regelung der ober-schlesischen Frage fort. Die englische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß ein Sachverständigenausschuß gebildet werde. Dieser Ausschuss müsse aber nach ihrer Auffassung in Oberschlesien selbst seine Arbeiten betreiben. Der Ausschuss müsse von dem Obersten Rat ernannt werden, der zu diesem Zweck noch in der laufenden Woche tagen und später eine zweite Sitzung abhalten könnte, um ein Urteil über die Maßnahmen zu treffen, die in Folge der Feststellungen der Sachverständigen erforderlich sein werden.

Die englischen Truppen für Oberschlesien

III. Oppeln, 30. Mai.

In Oppeln sind der Stab und größere Abteilungen der englischen Truppen eingetroffen. Englische Kavallerie hat in der Umgegend von Oppeln Quartier genommen. Ueber die taktische Verwendung der englischen Truppen wird wahrscheinlich im Schoße der Interalliierten Kommission Beschluß gefaßt werden. Donnerstag früh sollen die gesamten für Oberschlesien bestimmten Truppen in Oppeln bereitstehen.

Die polnische Ministerkrise

CC. Paris, 30. Mai.

General Bilsudsky hat die Demission des Kabinetts Witos abgelehnt. Er richtet an den polnischen Ministerpräsidenten ein Schreiben, in dem er klarlegt, daß jetzt eine Ministerkrise dem Interesse des Staates schaden könne. Es sei deshalb notwendig, daß der Ministerpräsident und die Minister ihre Posten bei behielten. Es bestehe kein Hindernis dafür, daß das Kabinett die volle Unterstützung des Landtages finde. Bilsudsky erlucht Witos, ihm Vorschläge wegen der Besetzung jener Posten zu machen, die gegenwärtig nicht besetzt sind. Witos betrie daraufhin einen Ministerat ein. Nach längerer Erörterung wurde beschlossen, daß im Laufe des heutigen Tages die Entscheidung befanntgegeben werden soll.

Folgen der nationalistischen Verhegung

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Die freiwillige Herausgabe von 300 deutschen Flüchtlingen durch die Franzosen an die polnischen Injuranten in Hindenburg führte am 27. Mai zu einem Ausbruch der Volkswut, der gegen Polen und Franzosen gerichtet war, aber im Koime erstickt wurde.

Schon mehrfach hatten sich die Polen der Flüchtlinge zu bemächtigen, gelacht, die aus dem besetzten Apocamien bestanden, ferner aus liegendesiedelnden Arbeitern, die über Hindenburg nicht hinausfahren konnten usw. Am Abend des 26. Mai waren die deutschen Parteiführer beim französischen Kreisinspektur, Major Landrot, vorstellig geworden, er solle wenigstens die früher benannten und auf die J. R. vereidigten deutschen Flüchtlinge bewaffnen. Aber Major Landrot erklärte, der Schutz durch 40 Franzosen mit einem Maschinengewehr sei ausreichend. Nachts 2 Uhr rückten nun 100 polnische Anstaltsleute an. Die Franzosen schlossen ihnen selbst das Flüchtlingslager (das Lager in Hindenburg) auf und ließen die Polen einziehen. Diese räumten die zwei ersten Stockwerke des Lagers von den Flüchtlingen. In der Nacht vorher waren die Flüchtlinge angeordnet schlafen gegangen. Am Vorabend des Ereignisses aber hatten die Franzosen beschlossen, daß sich alle ausgescheidet zur Ruhe begeben müssen. Für die Durchführung dieses Befehls sorgte die französische Wache selbst.

Die Flüchtlinge mußten nun nur mit Hemd und Hose oder auch nur Unterhose bekleidet, größtenteils barfuß, einen Marsch bis Bieschowitz (etwa 20 Kilometer) in der rauhen Nachtluft antreten. Hier einen Flußüberwuch machte, wurde gepörselt und angepörselt. Es gab Tote und Verwundete. Erst als etwa 300 Flüchtlinge herausgedrückt worden waren, gaben die Franzosen Schreckschüsse in die Luft ab. Der Rest der Flüchtlinge vertrocknete sich auf das Dach, wobei einige zu Schaden kamen.

Gegen Morgen sammelten sich nun Menschenmassen vor dem Lager, die immer erregter wurden. Es entstand eine große Ansammlung der Frauen und Mütter, die ihre Männer und Söhne zurückverlangten, vor dem Haupte des Kreisinspektors, deren Stimmung immer wilder wurde. Die französischen Militär-

wurden von den kaum ihrer Sinne mehr mächtigen Frauen beschimpft und angepörselt. Die Wut der Menge richtete sich besonders gegen die polnischen Apocamien. Als ein Gewerkschaftsvertreter, der der Unabhängigen Partei angehörte, von der J. R. verhaftet wurde und für ihn der Landtagsabg. Pichienkiewicz (U. S. P.) vergebens sich einsetzte, konnte die Erregung der Menge keine Grenzen mehr. Es wurden mehrere polnische Apocamien zu Tode gepörselt, die unvorsichtig genug waren, sich in der Nähe zu zeigen. Die Polen selbst gaben die Zahl ihrer Toten auf 7 an, jedoch sind es nicht so viele. Die Polen gaben auch an, daß sie auf verschiedenen Straßen Feuer bekommen hätten, jedoch ist auch dieses Gerücht noch nicht erwiesen. Jedenfalls entstand in der ganzen Stadt eine Schieberei, die von Polen und Franzosen den ganzen Tag über unterhalten wurde. Im ganzen wurden bisher 12 Tote und Verwundete eingeliefert. Inzwischen waren in der ganzen Stadt sämtliche Geschäfte geschlossen worden, so daß das ganze Wirtschaftsleben bald ruhte. Der Straßenbahnverkehr wurde eingestellt.

Die Stellung des Hindenburg Kreisinspektors Landrot gilt als erschüttert. Schon vor drei Wochen hatten die deutschen Parteiführer seine Abberufung beantragt. Gerade die Gewerkschaftsleiter waren es, die das deutsche Plebiszitärkommissariat veranlaßt hatten, diese Nachricht von der beantragten Abberufung öffentlich zu dementieren. Diese Gewerkschaftsleiter sind aber jetzt zuerst verhaftet worden, woraus klar hervorgeht, daß der Kreisinspektur Landrot nicht geeignet ist, seinen Posten zu erfüllen.

Es muß nach bemerkt werden, daß die Abberufung eines deutschen Flugzeuges, das Flugblätter über Hindenburg abwarf, das Jhrige mit dazu beigetragen hat, Beunruhigung bei den Polen zu schaffen. Es wäre besser gewesen, daß Flugzeuge, die bei der Menge den falschen Glauben erweckten, es könnte bald Beunruhigung geübt werden, wie es in dem Flugblatt heißt, nicht das Russlandgebiet überfliegen.

Wahlerfolg im Mansfelder Kreis

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle a. S., 30. Mai.

Bei der am Sonntag vorgenommenen Neuwahl der Gemeindevertretung in Helbra, einem Industrieort im Mansfelderischen, die infolge Auflösung der früheren Gemeindevertretung notwendig geworden war, erhielten die Unabhängigen Sozialdemokraten 1482, die Rechtssozialisten 417, das Zentrum 577, die vereinigten Bürgerlichen 809 Stimmen. Auf die Unabhängigen Sozialdemokraten entfielen 11, Rechtssozialisten 3, Zentrum 4, Bürgerlichen 6 Vertreter. Es besteht also eine sozialistische Mehrheit von 14 Mann. Gegenüber 10 der bürgerlichen Parteien. Die Kommunisten haben nach diesem Ergebnis auch an diesem Orte vollkommen abgewirtschaftet.

Kommunistenverfolgungen in Frankreich

Paris, 30. Mai.

T. U. meldet: Infolge einer Konferenz, die gestern Nacht im Justizpalast stattgefunden hat, wurden heute morgen in Paris bei den bekannten Kommunisten Frossard, Bich, Leriou, Szwarskie, Meric, Cohen, sowie bei mehreren kommunistischen Journalisten Hausdurchsuchungen vorgenommen. Gleichzeitig fanden auch Hausdurchsuchungen in der Provinz statt. Bei den Hausdurchsuchungen sind zahlreiche antimilitaristische Dokumente beschlagnahmt worden.

Die Abstimmung in Salzburg

Salzburg, 30. Mai (Mittags).

Am Gesamtergebnis der Volksabstimmung fehlen nur noch die Resultate von 20 kleinen Gemeinden. Bis jetzt wurden 98 000 Stimmen gezählt, von denen 55 000 auf ja und 700 auf nein lauten, 300 waren ungültig. Die Wahlbeteiligung betrug nahezu 90 Prozent. Die Reinstimmen wurden hauptsächlich von Kommunisten abgegeben. In der Stadt Salzburg stimmten 21 000 Wähler mit ja, 300 mit nein.

Aus der lettischen Arbeiterbewegung

Aus Riga wird uns geschrieben:

Die politische Lage in Lettland ist während der letzten Monate äußerst gespannt. Nach einer Reihe von ökonomischen Streiks (darunter auch eines fünfstägigen Eisenbahnergeneralstreiks), die hauptsächlich infolge der niedrigen Valuta und der einseitigen Teuerung entstanden und mit einem teilweisen Erfolg der Arbeiterchaft endeten, griff die konservative Regierung Uimans-Berg, die sich auf die reaktionäre Bauernliga stützt, zu Repressalien gegen die Arbeiterchaft. Viele Mitglieder der Gewerkschaften in Riga und Libau sind in den letzten Wochen verhaftet worden, darunter einige führende Parteigenossen, die als Gewerkschaftler eine rege Tätigkeit bei der Leitung der Streiks entfaltet haben. Des weiteren forderte die Regierung von der Konstituante die Aushebung der Immunität einiger sozialdemokratischer Abgeordneten, darunter des Chefredakteurs des Zentralorgans der Partei, K. Elias, des Parteisekretärs Bruno Kainis, des Führers des linken Flügels der Sozialdemokratie, W. Derman u. a.

Die Arbeiterchaft läßt sich selbstverständlich von der Reaktion nicht einschüchtern. Das beste Zeugnis dafür sind die kommunalen Wahlen, die unlängst in mehreren Städten Lettlands und Livalands stattgefunden haben. Ueberall hat die Sozialdemokratie einen vollen Sieg und die absolute Mehrheit der Stadtverordnetenmandate errungen. Auch die Kaiserer bewies, daß die Massen der Arbeiterchaft dem Banner der Sozialdemokratie folgen. Im ganzen Lande sind von der Partei 65 Versammlungen und Demonstrationen veranstaltet worden, an denen zirka 85 000 Arbeiter teilnahmen (was für Lettland eine recht beträchtliche Zahl darstellt). Besonders wichtig ist die Feststellung, daß die Landlosen, die Kleinbauern und die Landarbeiter sich rege an der Parteier beteiligten.

Die sozialistische Bewegung in Spanien

Die Folgen der Spaltung

Aus Madrid wird uns geschrieben:

Wie bekannt, wurden auf dem Sozialistenkongreß in Madrid Mitte April dieses Jahres 8806 Stimmen gegen die Bedingungen von Moskau, und 6025 Stimmen für den Anschluß an die kommunistische Internationale abgegeben. Nach dem vom Zentralorgan der Sozialistischen Partei veröffentlichten Daten vertritt diese 6025 Stimmen der Minderheit 46 Gruppen und die Föderation von Asturien. Bis jetzt haben sich aber nur 5 Gruppen mit 151 Mitgliedern von der Partei getrennt. Was die Föderation von Asturien anlangt, die im Namen von 1380 Mitgliedern gesprochen hat, so hat sie zwei Sektionen mit 60 Mitgliedern verloren. Schließlich hat die sozialistische Gruppe in Madrid, deren Mitgliederzahl über 1000 betrug, ungefähr ein Zehntel davon verloren. Darauf beschränkten sich die Verluste, die die sozialistische Partei durch die Abspaltung der Kommunisten davongetragen hat.

Ein mildes Urteil

Das Ende des zweiten Leipziger Prozesses

Leipzig, 30. Mai.

Im Prozeß gegen den Rechtsanwalt und Hauptmann d. P. Müller aus Karlsruhe wurde heute um 1 1/2 Uhr das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung Untergebener, Zulassung einer Mißhandlung sowie wegen vorchristlich-widriger Behandlung und Beleidigung Untergebener zu einer Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Im übrigen erfolgte Freisprechung.

Die Urteilsbegründung

In der Begründung führte der Präsident unter anderem aus: Es freut mich, daß meine zu Beginn der Verhandlung ausgesprochene Hoffnung, die gegen den Angeklagten erhobenen ungewöhnlichen Beschuldigungen möchten sich als unrichtig erweisen, sich bestätigt hat, da tatsächlich die schwereren Anschuldigungen nicht erwiesen, sondern geradezu widerlegt sind. Es wird dann das Ergebnis der Beweisaufnahme gewürdigt und festgestellt, daß der Angeklagte von Anfang April bis zum 5. Mai — also 5 Wochen — dem Gefangenenlager vorgehalten hat. Das Lager befand sich hinter der Kampfstadt, und die dortigen Verhältnisse waren die denkbar ungünstigsten. Der Gerichtshof erkennt an, daß der Angeklagte alles getan hat, was in seinen Kräften stand, die üblen Verhältnisse im Lager zu verbessern, und daß, wenn das nicht möglich war, ihn hieran keine Schuld trifft.

Mit Nachdruck betonen die Urteilsgründe, daß der Angeklagte ein pflichtgetreuer, diensteistiger Offizier war, der den Ehrgeiz hatte, seine Vorgesetzten zufrieden zu stellen, und der alles getan hat, was in seiner Macht stand, um die nötigen Materialien für das Lager zu beschaffen. Der Angeklagte ist sogar nicht davor zurückgeschreckt, sich in einem Falle auf unchristlichmässige Weise Kleidungsstücke für die Gefangenen zu beschaffen. Er hat ferner Nahrungsmittel aus Belgien herangeschafft und für Pferdefleisch gesorgt. Daß er die Räumung des Lagers nicht veranlaßt hat, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden, denn zu seiner Zeit hatte sich eine epidemische Krankheit noch nicht gezeigt, und es war bis zu seiner Abreise nur ein Todesfall vorgekommen. Daß der Angeklagte sich zu Ausweichungen hat hinreißen lassen, ist durch seinen Dienstzeifer und durch seine Ertrantung an einem Herzleiden veranlaßt.

Was die einzelnen Fälle betrifft, so ist angenommen worden, daß eine Meuterei nicht vorlag, und daß der Angeklagte sich nicht für berechtigt halten konnte, zur Abwehr der Meuterei so zu handeln, wie er es getan hat. Er wollte nicht eine Strafe verhindern, sondern hat aus Mitleid und Mangel an Empfinden für die Gefangenen wollen. Besonders hervorgehoben wird in den Urteilsgründen, daß der von den englischen Zeugen befundene Fall der Leidenhandlung nicht als erwiesen angesehen wird, daß vielmehr diese Zeugenaussagen glatt widerlegt sind. Im übrigen hat das Gericht die als strafbar angesehenen Handlungen in demselben Sinne beurteilt wie der Oberreichsanwalt.

In dem Hineinreichen in die Gefangenen wurde, wie in einigen anderen Fällen auch, eine vorchristlich-widrige Behandlung, nicht Mißhandlung, erblickt. In allen nicht als erwiesen angesehenen Fällen ist auf Freisprechung erkannt worden. Bei der Bemessung der Strafe ist der Zwang der Kranken zur Arbeit als der schwerste Fall angesehen worden, als zweischwerster Fall das Anbinden. Die Strafe ist gebildet worden durch die Erhöhung der höchsten Einzelstrafe von 2 Monaten auf 6 Monate.

Das Gericht hat erwogen, ob auf Festungshaft oder Gefängnis zu erkennen sei. Es hat die Gefängnisstrafe gewählt, weil es sich um die Mißhandlung kranker und unglücklicher, vollständig dem Angeklagten preisgegebenen Gefangener handelt.

Der dritte Prozeß

Am Dienstag beginnt vor dem Reichsgericht der dritte Kriegsbeschuldigtenprozeß gegen den Arbeiter Robert Neumann aus Güstrow, dem ebenfalls Gefangenenmißhandlung zur Last gelegt wird.

Die Urteile sollen nachgeprüft werden

London, 30. Mai.

Im Unterhause erklärte der Attorney-General Sir Gordon Hewart, es liege kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß nach Abschluß der gegenwärtigen Reihe der Kriegsbeschuldigten-Prozesse alle erheblichen Fragen einschließlich der gefällten Urteile von den in Betracht kommenden Mächten geprüft werden würden. Vor Eintreffen eines vollständigen Berichtes könne er nicht sagen, ob dem Parlament Gelegenheit gegeben würde, über die gefällten Urteile zu verhandeln.

Kein Streik der Peunawerke. Am Sonnabend abend meldete die „Vrote Fahne“, daß die Arbeiter der Peunawerke in den Streik getreten seien; Zugleich wurde unbedingt ferngehalten. Am Montag abend meldet das gleiche Blatt, daß die Peunawerke für Mittwoch die Gesamtausperrung angeündigt haben. Wie den V. P. R. der amtliche preussische Pressedienst mittelt, sind beide Meldungen unwahr, ausgespart wurden lediglich die Bauarbeiter, die gegenwärtig auf den Peunawerken tätig sind, und zwar nicht von der Direktion der Peunawerke, sondern von den betreffenden Bauunternehmerfirmen. Diese Ausperrung steht im Zusammenhang mit einer allgemeinen Ausperrung im Baugewerbe Mitteldeutschlands. Auf den eigentlichen Peunawerken wird nach wie vor gearbeitet.

Ausschneiden!

Saunderpedition der „Freiheit“

Stm die

Druckfache

Berlin C 2
Breite Straße 8-9



Theater und Vergnügungen

Volkstheater
Antigone
 Neues Volkstheater
 Alexanderstr. 64.
 7 Uhr.
Die St. Jakobshof
Stadtheater.
 Opernhaus
 Richard Strauß: **Die Frau ohne Schatten**
 2. Abend:
 1 Uhr: **Salome**
 Schauspielhaus
 1 Uhr: **Coriolan**
 Direction: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: **Polatsch u. Perlmutter**
Kammerspiele
 1 Uhr: **Messallianz**
Größtes Schauspielhaus
 Rosenthalstr.
 7 1/2 Uhr: **Ein Sommertraum**
 (2. Abtheilung, 8. Abend)
 Theater u. d.
Rönngräber Str.:
Salome
 mit Maria Orska
 Dienstag und folgende Tage:
 7 1/2 Uhr: **Wilt dem Feuer spielen**
 in der Salome Maske
Berliner Theater:
DAS
Milliarden
SOUPER
 10 Uhr: **Süde Wörner, Nicht**
Meist, Nicht, Nicht, Nicht, Nicht,
Derk, River, Paul, Nicht!
Komödienhaus:
 Abends 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
 von Robert Winterberg
 Paul Feldmann u. G.,
 Josephine Dora u. Staatsb.
 u. G., Inge von der Straaten,
 Hja Marlen, Georg Pöfelf,
 Kurt Pöfelf, Julius Wagg.

Lessing - Theater
 Director: Victor Barnaschok
Rosenmontag
 (Saab, 2000)
 Mittwoch 7 1/2 Uhr: **Wespeneifer**
 (Kessen, 2000)
 Donnerstag 7 Uhr:
 Beginn der Sommerferien:
 Zum 1. Male:
Die Ballerina des Königs
 (Konstantin, 2000)
Deutsches Kunst-Theater
Die tolle Gräfin
 (Khalber, Junkermann, Müller)
 Mittwoch und folgende Tage:
 7 1/2 Uhr: **Rosenmontag**
 (Saab, 2000)
 8 1/2 Uhr: **Folies Caprice** u. u.
 am Dramenburger Tor
 Der letzte Schumann
 mit Ferd. Frankfurter
 8 1/8 Uhr: **Cajino-Theater** 8 1/8
 Nur noch einige Vorstellungen
Vollrich & Sohn
 Theater u. Musik-Tal
 Tel. Moritzplatz 10077
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
 - 10 Herren! -
 Vorch. 11-12 u. 6-7
 7 1/2 Uhr: **Apollotheater** 7 1/2
 Friedrichstraße 218
Naturalistische
Neuhoff
 Im Reiche der Venus
 und weitere 10 Sensationen.
Residenz-Kasino
 Blumenstraße 10
 Täglich:
 Großer
 Witwenball
12 Mal-Attraktionen
Berliner Brater
 Sankt-Nikolaus-Platz 70
 Täglich 4 1/2 Uhr:
Die Schönste
 von Allen
 Operette von Jean Gilbert
 u. Varieté-Sensationen
Neue Welt
 Arnold Scholz
 Sankt-Nikolaus-Platz 100/114
Heute
 Dienstag, 31. Mai 1921
Große
Spezialitäten-
Vorstellung
 (16 Attraktionen)
 Anfang 6 Uhr
 Die Aufführung ist von
 2 Uhr ab geöffnet
 Veranstalter:
 Donnerstag, den 2. Juni
Großes Fronten-
Feuerwerk
 Bühnen, Kunstbühnen, Wand-
 schenke mit und ohne Kolonnen
 läuft man in der Buchhandlung
 „Freiheit“, Breite Straße 8/9.



HERMANN TIETZ
 LEIPZIGER STR. ★ ALEXANDERPLATZ
 ★ FRANKFURTER ALLEE ★

Oberhemden farbig, durchgeh. prima 72⁵⁰
 Perkal, mit Klappmanschiffen
Oberhemden farbig, durchgehend 82⁵⁰
 Perkal, mit 1 Krage
Oberhemden einfarbig, mit 85⁰⁰
 passendem Krage
Oberhemden gebleicht, durchgeh. Perkal, 95⁰⁰
 mit steifem Krage
Sportkragen weiss, moderne Formen 4²⁵
Schlafanzüge verschiedene Stoffarten... 190⁰⁰
Strickbinder neue Muster, grosse Auswahl 10⁵⁰ 14⁵⁰
Krawatten offene Bänder, 14⁵⁰ 18⁵⁰
 moderne Muster und Streifen
Herren-Strohhüte Rustik-Geflecht... 27⁵⁰
Herren-Strohhüte verschiedene Geflechte... 45⁰⁰
Herren-Strohhüte Rustik-Geflecht mod. Formen... 75⁰⁰
Herren-Strohhüte feines Geflecht eleg. Formen... 95⁰⁰

Herrensocken Baumwolle gewebt, farbig... 5⁹⁰
Herrensocken Baumwolle gewebt, schwarz und farbig... 7⁵⁰

Herrenstiefel in schwarz 188⁰⁰
 mit und ohne Ledkappe, Original Goodyear-Well

Ferner Sonderangebot
 an Ausstellischen
Toiletteseife 95
 etwa 100 Gramm schwer... Stück Pfennig

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, das folgende Kollegen gestorben sind:
 Der Obleiter
Paul Brucks
 Brandenburgstr. 55, am 26. d. Mts.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 31. Mai, nachm. 1/4 Uhr, von der Leichhalle des Neuen Jacobikirchhofes in Neukölln, Germania, aus statt.
 Der Dreher
Emil Fischer
 Duxenburger Str. 22, am 26. d. Mts.
 Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 1. Juni, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Gerichtshof statt.
 Regie Beerdigung wird erwartet.
Nachruf
 Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Kollege, der Maschinenführer
August Pilschke
 Charlottenburg, Englische Str. 24, am 23. d. Mts. verstorben ist.
 Ihre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Apotheker
 Partigianstraße, kaufmännisch sehr perfekt, organisatorisch befähigt, sucht per sofort oder später Anstellung gleichwohl welcher Art in Pharm., Krankenhäuser oder Gemeindefach. Off. Off. D. 78 Exped. d. St. Berlin C, Breite Straße 8/9.
Seifenhändler!
 Kern- und Toilettenseifen, Waffon, Wagner, Preisverhöher, Panolin, Glycerine, Pfeilringseife, Seifenpulver (rote Packungen), Seifen für alle Zwecke (S-7, Sonntag 8-11).
 Gampz, Brunnenstr. 182 (Hof).
Spezial-Arzt
 Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70 für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, Damen separat. 10-1, 5-7.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 2. Juni 1921, abends 6 Uhr
Branchen-Versammlung
 der Wäcker, Isolierer, Imprägnierer, Batteries- und Elementararbeiter
 in der Schulanta, Grünhofer Straße 5.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über die durch die verschärften Sanktionen geschaffene wirtschaftsopfernde Lage.
 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten und Verschleiss.

Achtung! Achtung!
 Donnerstag, den 2. Juni 1921, abends 7 Uhr
Vollversammlung
 der Innungsschmiede
 in Wäcker Feststätten, Weidenstraße 17.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über den Verein.
 2. Auszahlung der letzten Unterabrechnung.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Am Donnerstag, den 2. Juni 1921, abends 6 Uhr
 bei Seger (St. Gertraud), Rosenthalerstr. 27.
Branchen-Versammlung
 der Metallformer und Berufsgenossen.
 Tagesordnung:
 1. Die praktische Auslegung des Betriebsratsgesetzes.
 Referent wird in der Versammlung bekanntgegeben.
 2. Diskussion.
 3. Verbandes- und Branchenanliegenheiten.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Eisenach
 Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum 1. Juli einen weiteren
Geschäftsführer
 für Agitation und Verwaltung; reflektiert wird auf erste Inst. Bedingung: 3-jährige Zugehörigkeit zur Organisation und rednerische Befähigung. Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben an die Geschäftsstelle Eisenach, Wüststraße 6, zu richten.

Residenz-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
 von Oscar Wilde.
Kleines Theater
 7 1/2 Uhr: **Nur ein Traum**
Trionon-Theater
 Täglich 7 Uhr:
Am Teetisch
 Schauspiel von Karl Smolik.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: **Die Oper**
Alt-Heidelberg
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: **Mascottchen**
Theater am Hollendorflay
 7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
Walhalla-Theater
 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsstelle
Rose-Theater
 7 1/2 Uhr:
Wo die Schwaben mieten

12 Mal-Attraktionen
Berliner Brater
 Sankt-Nikolaus-Platz 70
 Täglich 4 1/2 Uhr:
Die Schönste
 von Allen
 Operette von Jean Gilbert
 u. Varieté-Sensationen
Neue Welt
 Arnold Scholz
 Sankt-Nikolaus-Platz 100/114
Heute
 Dienstag, 31. Mai 1921
Große
Spezialitäten-
Vorstellung
 (16 Attraktionen)
 Anfang 6 Uhr
 Die Aufführung ist von
 2 Uhr ab geöffnet
 Veranstalter:
 Donnerstag, den 2. Juni
Großes Fronten-
Feuerwerk
 Bühnen, Kunstbühnen, Wand-
 schenke mit und ohne Kolonnen
 läuft man in der Buchhandlung
 „Freiheit“, Breite Straße 8/9.

LUMARIA
 Generaldirektion Alfred Duskes
 Sieghart Goldschmidt
Heute
Volkstag
Doppel-Konzert
Höhen- und Wasser-Feuerwerk
 7 Uhr **Gehr. Wichmann** 1 1/2 Uhr
auf dem Turmsoll
Großes Ju-He im bayrischen Dorf
Großartige Zugartikel
für Händler u. Hausierer
 zu selten vorteilhaften Preisen, die hohe Verdienste lassen, bei
Hansa-Gesellschaft, Junkerstr. 18

Betriebs-Obleute!
 Soeben erschien
 in zweiter, erweiterter und veränderter Auflage
Der Betriebsobmann
 Von Rudolf Weß Preis 4.- Mark
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch alle
 Organisationen, Betriebsrätezentralen, Gewerkschaftsartelle oder direkt von der
Buchhandlung „Freiheit“
 Berlin C 2 Breite Straße 8/9
 Auch durch alle Filialen der Freiheit

Ausschneiden!
 Kubertshals Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt beifolgend
 Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
 1 Exemplar der **w e i m a l** täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
 Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands
 mit der wöchentlich einmal erscheinenden
 illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“
 zum Preise von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbmönatl.
 bei freier Zustellung ins Haus
 Name: _____
 Ort: _____
 Strasse: _____
 (Mögen beifolgendes, Abreife genau ausfüllen: vorns. Gef. Gef., Dursgr.)
 Diesen Bestellchein bitten wir an die Hauptredaktion, Berlin C 2,
 Breite Straße 8-9, einzuliefern.

Kupfer
 Messing, Zinn, Quecksilber,
 Platin, Gold, Silber
 Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48
Alt-Metalle
 verkauft man nur richtig
 Vorstraße 1
Homöopath.
 Institut Molsoner
Möggelstr. 25 am Bahnhof
Frankf. Allee
 Haut-, Harn-, Geschlechts- u.
 Frauenleiden, unheilbar, ohne
 Opf. verall. Fälle b. (schwerer,
 bis u. (schwerer) Behandl. ohne
 Zerstörung. Querschnitt tollend.
 Harn- u. Blutuntersuchung
 10-1, 5-5, Donnerst. u. Sigt. 11-12

Neues Angebot
Schokoladen - Block 100 g von M. 3.20 an
Schokoladen - Tafel 100 g von M. 3.30 an
 nur gute Qualitätsware.
Bonbons - Dragees in großer Auswahl
 zu Festpreisen
Negerküffe u. Goliathstäbe
A. Wechselmann, Berlin W, Linkstraße 20
 Fernsprecher: Köpenicker 879
Kapitän-Kautabak
 wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen
 durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Köcher, Berlin, Nichtenberger Str. 22. Rgt. 3001
Zeigfeldstecher
 6- und 8-fach, kann händig
M. Stockmann,
Berlin W9, Potsdamerstr. 135
 (Telefon 9289).
Sigaretten-großhandlung
 Bek. Marken i. Wiederverkauf.
Reifen, Alexanderplatz 2, 1 Tr.
Enthaarung!
 Schickhafte u. aus höchster
 Körperhygiene vermittelte, schmerz-
 los, u. radikal. Depilator-
 durch Abheben der Wurzeln
 einwöchentlich u. für immer. Garantiert
 unbeschädigt. 10.-, verhöf. 15.-
Otto Kelsch,
Berlin 40, 50, Linsenhofstr. 4
 Leicht beschädigte
Klassiker, Romane, Jugendschriften
Sozialistische Literatur
25% Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Straße 8/9

Theodor Storm
Meister-Novellen
 454 Seiten Legt
 Inhaltsverzeichnis:
Immenssee / Viola tricolor / Im Schloß
Aquis submersus / Carsten Curator / Der
Schimmelreiter / Mehrere Gedichte
 18 ganzseitige Zeichnungen von Otto Soltau
 Ein Stormbildnis von Karl Bauer
 Elegant gebunden... 16.00 Mark
 Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Straße 8/9
 sowie durch alle Filialen der Freiheit
Botenfrauen Exped. Johannistr. 9
 (Ecke Artilleriestr.)

Die Verzweiflungstat einer unehelichen Mutter

Unter der Auflage der Kindesauslieferung mit Todeserfolg stand das 27jährige, bisher unbescholtene Dienstmädchen M. K. vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. Sie war bei dem Landwirt Schulze in Hohenhainhausen in Stellung. Im Dezember 1920 wurde sie in der Gebärmutterkammer in Neufeld bei einem Mädchen eintrudeln, der Vater sollte ein Fabrikarbeiter in Hohenhainhausen sein, der aber die Vaterschaft ableugnete. Nach der Geburt des Kindes wohnte die Angeklagte noch einige Zeit bei ihrer Schwägerin, bis ihr diese eines Tages mitteilte, sie mit ihrem Kinde nicht länger behalten zu können. Von ihrem bisherigen Dienstherrn erhielt sie den Bescheid, sie könne wieder eintreten, wenn sie ihr Kind untergebracht habe. Nun begann für die Angeklagte ein Leidenweg bei den ergebnislosen Versuchen, ihr ihr Kind unterkunft zu finden. In dem Kinderheim in der Alten Jakobstraße wurde sie zunächst zur Verbringung einer Bescheinigung der Armenverwaltung über ihre polizeiliche Meldung aufgefordert. Als sie diese dann beibrachte, wurde die Aufnahme des Kindes abgelehnt, da die Geburt nicht in Berlin erfolgt war. Von der Gattin des Pfarrers in Hohenhainhausen, an die sie sich wandte, bekam sie zu essen und die Adresse eines Kinderheims in Welkenesee. Hier wurde die Aufnahme des Kindes abgelehnt wegen Ueberfüllung und da die freien Plätze für Berliner Kinder reserviert seien. Man gab ihr die Adresse eines zweiten Kinderheims, an das sie sich jedoch nach ihrer Angabe wegen Erschöpfung nicht mehr wandte. Sie besah noch 130 M., will aber von diesem Gelde nichts ausgegeben haben, um die Summe als Anzahlung für die Unterbringung des Kindes in einem Heim zu behalten und aus diesem Grunde vom Abend des Tages vor Begehung der Tat bis zu dieser nichts mehr gegessen haben. In verzweifelter Stimmung legte sie am 1. Januar nachmittags gegen 4 Uhr nahe der Zuckersiedbahn in Hohenhainhausen das Kind an einer menschenleeren Stelle in einem Gebüsch nieder, nachdem sie ihm die Wäsche bis auf eine Windel wegenommen hatte. Am nächsten Tage wurde das Kind tot aufgefunden. Rechtsanwalt Dr. Sohaner wies gegenüber der Anklage darauf hin, daß die Angeklagte von Anfang an nie die Absicht gehabt habe, die Tat zu begehen; das beweise die Tatsache, daß sie Wäsche für das Kind angekauft und sich, soweit es in ihren Kräften stand, bemüht habe, Unterkommen für das Kind zu finden. Durch die auf sie hereinabgebrochenen Umstände, nämlich Verweigerung der Anerkennung der Vaterschaft, die Abweisung in den beiden Kinderheimen, die Weigerung ihres Dienstherrn, sie mit dem Kinde aufzunehmen und endlich das eintägige Hungern, sei sie buchstäblich zur Verzweiflung gebracht worden. Die Geschworenen sprachen die Angeklagte der Kindesauslieferung schuldig, verneinten jedoch den tatsächlichen Zusammenhang zwischen der Tat und dem Tode des ausgelegten Kindes. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter voller Anrechnung der erlittenen 5monatigen Untersuchungshaft. Die Geschworenen befürworteten ein Begnadigungsgesuch.

Mordversuch mit einer Höllemaschine

Ein unbeschreiblicher Anschlag auf ein junges Mädchen ist in Seefeld verübt, aber zum Glück infolge eines Zufalles und eines unbedeutenden Materialfehlers wirkungslos geblieben. In Seefeld wohnt ein Ministerialbeamter Roske mit seiner Frau, einem Sohn und einer 12 Jahre alten Tochter Hildegard. Diese beging am 23. d. M. ihren Geburtstag. Am nächsten Tage erhielt sie mit der Post ein Paket, das am 24. nachmittags gegen 5 Uhr in Berlin auf dem Postamt 40 ausgegeben worden war. Die Mutter nahm das Paket, dessen Hülle aus hellbraunem Packpapier bestand, in Empfang, löste die Verschnürung und hob den Deckel hoch. Als sie jetzt ein Surren vernahm, wurde sie mißtrauisch, drückte den Deckel wieder nieder und trug das unheimliche Paket nach dem Garten hinaus. Dort lagen sich die Tochter und das Dienstmädchen es nach eine Weile ebenfalls an. Die Tochter hob den Deckel wieder hoch, und abermals begann das Surren. Sie sah jetzt in das Paket hinein und erblickte eine Feder. Unwillkürlich ergriff sie ein Holzstückchen und steckte es in die Feder hinein, um dem Surren ein Ende zu machen, weil sie es auf die Wirksamkeit dieser Feder zurückführte. Das Surren hörte denn jetzt auch auf. Das Paket blieb ohne Veränderung im Garten stehen, bis der Sohn nach Hause kam. Dieser zer schnitt, um allem Unheil vorzubeugen, die Drähte einer elektrischen Leitung, die er in dem Paket fand. Die Untersuchung des vermeintlichen Geburtstags-Gebäckes ergab, daß es sich in Wirklichkeit um eine Höllemaschine handelte, die dem Geburtstagskind das Leben gekostet hätte, wenn nicht ein kleiner Materialfehler den Plan des Abenders vereitelt hätte.

12 000 Mark Verbandsgelder verloren hat ein Kassierer des Deutschen Transportarbeiterverbandes in der Straßenbahn, auf dem Wege Schöneberg bis Gleisnummer 27 in Schöneberg von Beamten der Schutzpolizei festgenommen. Er hatte auf dem Rummelplatz in der Belziger Straße einem Manne einen falschen 20-Mark-Schein für zehn Mark zum Kauf angeboten und ihm dabei geheimnisvoll erklärt, daß er ihm am Montag weitere 500 Stück liefern könne. Der Betreffende wandte sich dann sofort an die Polizei und nach einigen Umfragen gelang es, eben diesen Müller als Verkäufer des Falschgeldes zu ermitteln. Bei Durchsuchung seiner Wohnung fand man noch einen falschen 20-Mark-Schein und eine geladene Pistole. M. gab an, diesen Schein vor längerer Zeit gefunden zu haben.

Der Falschscheinhandlung auf dem Rummelplatz. Gestern früh gegen 4 1/2 Uhr wurde der 27jährige Telegraphenarbeiter Wilhelm Müller in seiner Wohnung in der Hausstraße 27 in Schöneberg von Beamten der Schutzpolizei festgenommen. Er hatte auf dem Rummelplatz in der Belziger Straße einem Manne einen falschen 20-Mark-Schein für zehn Mark zum Kauf angeboten und ihm dabei geheimnisvoll erklärt, daß er ihm am Montag weitere 500 Stück liefern könne. Der Betreffende wandte sich dann sofort an die Polizei und nach einigen Umfragen gelang es, eben diesen Müller als Verkäufer des Falschgeldes zu ermitteln. Bei Durchsuchung seiner Wohnung fand man noch einen falschen 20-Mark-Schein und eine geladene Pistole. M. gab an, diesen Schein vor längerer Zeit gefunden zu haben.

Eine Geburt im Eisenbahnwagen beschäftigt die Kriminalpolizei. Auf dem Görlitzer Bahnhof fand der Dienstleiter in einem Wagenabteil eines Waggons, der von Grünau kam, kurz nach dem Eintreffen die Leiche eines neugeborenen Kindes, die beschlagnahmt wurde. Die Ermittlungen, die auf seine Anzeige hin sofort aufgenommen wurden, ergaben eine Spur, die nach einer Rettungsjahre führte. Hier ist kurz nach Einzug des Vorkrieges eine Frau erschienen, die wegen starker Blutungen die Hilfe der Wache in Anspruch nahm. Sie ist wahrscheinlich die Mutter des toten Kindes. Ob dieses gelebt hat oder schon tot zur Welt gekommen ist, muß erst durch die Obduktion festgestellt werden.

Kostenlose Personalausweise für das besetzte rheinische Gebiet. Reichsdeutsche, die nach dem besetzten rheinischen Gebiet reisen wollen, brauchen hierzu einen gelben Personalausweis mit dem Vordruck: „Kostlos für die Reise in das besetzte rheinische Gebiet“. Diese Personalausweise werden von dem für die Wohnung zuständigen Polizeirevier stempel- und gebührenfrei ausgestellt. Im übrigen werden Rasse- und Personalausweise nach wie vor bei den Polizeiamttern in den Vororten bzw. für Berlin in der Hauptpoststelle am Alexanderplatz ausgestellt. Hierzu sind eine von dem zuständigen Polizeirevier ausgestellte Vahvorbescheinigung und zwei von demselben Revier beglaubigte Lichtbilder sowie eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes vorzulegen. Der Weg geht also immer erst zum zuständigen Polizeirevier.

Die künftige Rechtsanwaltskammer in Lichtenberg konnte am 1. Mai d. J. unter Leitung des Dr. jur. Richter auf ein einjähriges Bestehen zurücksehen. Es hat sich gezeigt, daß diese Einrichtung einem dringenden Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Trotz der verhältnismäßig kurzen Zeit, seit der diese Einrichtung besteht, hat sie eine zahlreiche Besucherzahl zu verzeichnen.

Die Zuckerversehungsstelle des Magistrats Berlin teilt mit, daß der Preis für Kandis im Kleinhandel nicht übersteigen darf: Für weißen Kandis für 1 Pfd. 5 M., für 1/2 Pfd. 3,75 M., für farbigen Kandis für 1 Pfd. 4,50 M., für 1/2 Pfd. 3,00 M. Die vorstehenden Preise sind am 24. Mai 1921 in Kraft getreten. Ein Zuschlag für Verpackung darf nicht berechnet werden.

Das nächste künftige Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagel, findet am Dienstag, den 31. Mai 1921, in der Bauerei Hoppoldt, Hohenheide 32-38, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr.

Unterstützung in Säuglingspflege. Im Kinderhaus findet wieder Unterstützung in Säuglingspflege statt mit praktischen Übungen, wöchentlich einmal. Meldungen schriftlich oder mündlich von 2-6 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 97.

Jeder aktive Parteigenosse braucht als unentbehrlichen Begleiter den U.S.P.-Taschenkalender. Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg hat die Neuausgabe vom Verlage erworben und macht dies wichtige Nachschlage- und Notizbüchlein den Parteigenossen für 50 Pf. zugänglich. Da infolge des niedrigen Preises der Vorrat ständig abnimmt, seien alle Parteigenossen, die den Kalender noch nicht haben, darauf hingewiesen, daß Bestellungen umgehend an den Kassierer Richard Herbst, Berlin C. 2, Breite Straße 8-9, zu richten sind.

Zeugen gesucht. Am Montag früh verunglückte unter eigenartigen Umständen ein Radfahrer in der Bernauer Straße. Der Radfahrer, ein etwa 40 Jahre alter Arbeiter, blieb völlig unbeachtet liegen, obwohl genügend Hilfe zur Stelle war. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, ihre Adresse an Müller, R. 37, Trammstraße 6, zu senden.

Gewerkschaftliches

Gefahren der Schlichtungsordnung

Erst kürzlich haben wir in einem „Sozialpolitisch und Klassenkampf“ überschriebenen Aufsatz („Freiheit“, 18. Mai) auf die Fälle von sozialpolitischen Gehehen hingewiesen, deren wir uns zu „erfreuen“ haben. Die Freude wäre aber weit größer, wenn weniger die Quantität, als die Qualität dieser Gehehe uns Beachtung abnötigen würde.

Als ein Gegenwurf mit teuflischen Hintergründen erweist sich insbesondere die Schlichtungsordnung, dessen ersten Entwurf Genosse Aufhäuser in Nr. 177 bereits besprochen hat, mit der wir uns kurz beschäftigen wollen. Dieser Entwurf besteht aus nicht weniger denn fünf Teilen, vier Unterabschnitten und fünf Abschnitten mit 128 Paragraphen. In der Begründung zu dem Entwurf der Schlichtungsordnung, die in Nr. 15 des Reichsarbeitsblattes erschien, heißt es unter anderem, daß die vermehrten Arbeitskämpfe zu dem Gedanken führten, „ob nicht die für beide Seiten kostspieligen, manchmal vernichtenden Kämpfe durch die Vermittlung einer nicht unmittelbar beteiligten Stelle vermieden werden könnten“. Diese Begründung, die schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts galt, als das Schlichtungsweisen in England seinen Ausgang nahm, gilt auch heute als Richtschnur für den Gesetzgeber.

Wie sich die deutschen Gesetzgeber nun die Lösung ihrer Aufgabe vorstellen, erkennen wir aus der Schlichtungsordnung mit ihrem ominösen § 55, der zu einer eminenten Gefahr für alle Gewerkschaften wird, da er ihre Selbständigkeit des Handelns aushebt, und außerdem die juristische Handhabung bietet, jeder Auslegung zum Nachteil aller Arbeitnehmer die Hand zu bieten. § 55 bestimmt, daß nur Ausbruch einer „Gesamtschlichtung“ die zuständige Schlichtungsbehörde erst anzurufen ist. Es heißt weiter: „Aussperrungen und Arbeitseinstellungen (Streiks) dürfen nicht stattfinden, bevor die Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde angerufen ist und einen Schlichtungsbescheid erteilt hat“. Es werden die „gemeinnützigen“ Betriebe aufgezählt, die sich von landwirtschaftlichen Betrieben bis zur Reichsbank erstrecken. Damit ist aber noch nicht Genüge geleistet, denn auf Antrag der Reichsregierung

kann der Reichswirtschaftsrat für das Reichsgebiet, auf Antrag der obersten Landesverwaltungsbehörde der Landeswirtschaftsrat oder der Bezirkswirtschaftsrat für das Land oder den Bezirk auch andere Betriebe und Verwaltungen dauernd oder auf bestimmte Zeit für gemeinnützig erklären.

Wenn mit Bezug auf das Betriebsratsgesetz gesagt werden kann, daß es mehr wie jedes andere Gesetz unklar und voller Widersprüche sei, so gilt wohl für die Schlichtungsordnung der Satz, daß an juristischem Raffinement und Zufällen das Reichsmöglicste geleistet worden ist, denn es öffnet der Klassenjustiz Tür und Tor.

Der alte Entwurf sah bei Verletzung des § 55 erhebliche Sanktionen vor. Bei dem neuen Entwurf fehlen diese. Das bedeutet aber keine Verbesserung, sondern aus diesem Umstande erwachsen erhebliche Gefahren, auf die auch ein guter Kenner dieser Materie in Nr. 17 der „Deutschen Techniker-Zeitung“, dem Organ der technischen Angestellten und Beamten hinwies. Es heißt da u. a.:

„Während nämlich für eine Reihe kleinerer Verletzungen, wie Fernbleiben von Sitzungen, Benachteiligung von Arbeitnehmerbeisitzern, Verletzung von Geschäftsgeheimnissen, bestimmte Ordnungsstrafen und andere Strafanordnungen vorgesehen sind, fehlen diese Strafanordnungen gerade für den Fall der Verletzung der Bestimmungen des genannten § 55! Das bedeutet aber natürlich nicht, daß diese Verstöße straffrei bleiben sollen, sondern umgekehrt, daß mangels besonderer Vorschriften die allgemeinen Bestimmungen des Straf- und Zivilrechts selbstständig eintreten müßten. Eine Arbeitnehmererschaft also, die trotz der Bestimmungen des § 55 in den Streik eintreten würde, würde sowohl strafrechtlich etwa wegen Erpressung, Nötigung oder auch nach einem der Paragraphen des 27. Abschnittes des Strafgesetzbuches (gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen) bestraft werden, wie Schadenersatzklage der betreffenden Arbeitgeber zu gewärtigen haben. Die Strafen und Klagen würden naturgemäß sowohl jeden einzelnen Arbeitnehmer wie die Organisation treffen und ähnlich wirken wie die berüchtigten amerikanischen „Einhaltsbefehle“.

Das sind recht nette Aussichten für alle Gewerkschaften! — Es erweist sich als notwendig, diese ganze sozialpolitische Massenfabrication scharf unter die Lupe zu nehmen und der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Fragen erhebliche Beachtung zu schenken. An der tatkräftigen Stellungnahme aller Arbeiter einschließlich der „Christlichen“ und „Wirtschaftsfriedlichen“ wird es liegen, ob dieser Entwurf Gesetz wird oder eine erhebliche Remodur erfährt. Wir werden auch Gelegenheit haben, zu sehen, wie sich die verschiedenen Parteien bei der Beratung dieser Vorlage stellen. Auf alle Fälle heißt es aber, beizustehen mit aller Kraft gegen den hier gekennzeichneten Sinn und Text der Schlichtungsordnung anzukämpfen.

Ein „rechter Schmierfink“

Der Verband deutscher Aliphaltente, Pappschaber, feiert eben sein 20jähriges Jubiläum. Sein offizielles Organ, „Der Aliphaltente“, Nr. 10, erließen deshalb im Festgewande und enthält Beiträge, die die Arbeit des Verbandes Revue passieren lassen. Ein Aufsatz, betitelt: „Unser Verband im Jahre 1920“, der nicht gezeichnet ist, stammt, wie uns mitgeteilt wird, von der S. P. D.-Deutsche, dem Redakteur und Hauptkassierer Gustav Pink, der uns besonders „interessiert“. Dieser Mann bespricht den politischen Umchwung, insbesondere

feit den Juniwahlen 1920, wo die S. P. D. eine Riesenschlappe erlitt und artikel weiter:

Die U. S. P. D. hatte infolge der wüsten Agitation und der vor der Wahl gemachten Versprechungen eine sehr betrübliche Zunahme an Stimmen wie auch Mandaten zu verzeichnen. Da sie vor der Wahl erklärt hatte, ausschließlich Arbeiterinteressen zu vertreten, durfte man annehmen, daß sie nun auch in die Regierung hineingehen würde oder doch wenigstens den Versuch dazu mache. Indessen, sie lehnte es nicht nur ab, in eine Koalitionsregierung hineinzugehen, auch mit der Sozialdemokratie würde sie nur dann in eine Regierung bilden, wenn — ja, wenn ihr die Entscheidung zugesichert wird. Die Crispine waren jetzt mehr als bescheiden, obwohl die Sozialdemokratie trotz aller Verleumdungen die stärkste Partei mit 5 1/2 Millionen Stimmen im Reich war, sollte sie sich der U. S. P. D., die etwa 4 1/2 Millionen Stimmen hatte, fügen. Das Mandat war zu durchsichtig. Man wollte jetzt keine Verantwortung übernehmen. Man wußte sehr gut, daß Neben viel leichter ist denn Handeln. Die vorortragenden Crispine-Politiker sahen den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Diesem Schmierfink, dessen kapitale Unwissenheit nur noch von seiner Arroganz übertroffen wird, tun wir zum Glück Ehre an, wenn wir uns noch länger mit solch einer subalternen Intelligenz beschäftigen. Wir möchten aber die Verbandsmitglieder, deren Mehrzahl uns angehört, fragen, ob sie noch nichts von der inneren Umwandlung der Verbände seit 1918 gehört haben, daß sie einen solchen Mann noch länger in dieser Funktion belassen?

Potsdamer Straßenbahnerstreik

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, hat der Magistrat Potsdam in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: der Organisationsvertretung und dem Streikkomitee soll eröffnet werden, daß jeder am Streik beteiligte Arbeiter strikt aus der Partei entlassen werden wird, wenn nicht spätestens am Mittwoch früh planmäßig die Arbeit wiederaufgenommen wird. Den Arbeitern, welche dieser Aufforderung nicht Folge leisten, soll die fristlose Kündigung zugestimmt werden. Ob diese Scharfmachermethoden dazu angetan sind, den Streik aus der Welt zu schaffen, glauben die Parteimitglieder selber nicht. Berchardsen wäre am Platze und nicht die Methode des Herrn-im-Hause. Vielleicht bequemt sich dazu der Magistrat von Potsdam.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag

Der Tarifvertrag vereinigt Grob-Schlächter und dem Zentralverband der Fleischer, Ordonnanzverwaltung Berlin, ist für diesen Berufsstand und die Einheitsgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. November 1920. Die Kollegen in allen in Frage kommenden Betrieben müssen darauf achten, daß nunmehr die Tariflöhne gezahlt werden. Wo noch Lohnunterschiede bestehen, müssen dieselben die Nachzahlung ab 1. November 1920 verlangen. Der Lohn beträgt für männliche 300 M. und für weibliche Arbeiter 210 M. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, welcher mittels Schlichtungsbescheid 6 namhafte Firmen, darunter die Fa. Hermann Schleiinger u. Co., Klosterstraße 45, welche verlangt, daß die Arbeiter jetzt im Sommer bis 6 Uhr abends, statt wie bisher bis 5 Uhr, arbeiten sollen, verurteilt, hat, 300 M. Lohn zu zahlen, fällt die diesen Spruch rückwirkend ab 1. Januar. Die Herren Arbeitgeber haben sich natürlich nicht im entferntesten an diesen Spruch gehalten und zahlen immer noch teils unter, teils wenig über 200 Mark. Der Herr Demobilisierungskommissar hat diesen Spruch nicht für verbindlich erklärt. Sehr zum Schaden der Herren Arbeitgeber, denn nunmehr werden die Arbeitnehmer die Nachzahlung ab 1. November 1920 fordern.

Gewerkschaftsversammlungen

U. S. P. Konzern, Mittwoch, den 1. Juni, abends 6 Uhr, im Lokal Sipsoff, 4. Versammlung aller Betriebsräte und Obleute der U. S. P. D. U. S. P. D. Bezirksrat, am Dienstag, den 31. Mai, abends 7 Uhr, abends 7 Uhr, 5. wöchentliche Versammlung aller Kollegen, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen. Sympathisierende Kollegen können eingeladen werden. Der Fraktionsvorstand.

Parteiveranstaltungen

Preuß.-Kommision, Donnerstag, 2. Juni, 6 1/2 Uhr, 6. wöchentliche Versammlung mit Ausweitung undberichtigungscharakter.

Dienstag, 31. Mai

15. Verwaltungsbereich Westfalen, 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Interessenten des Jugendamtes der Kreise, Berliner Allee 51.
4. Bezirk, 7. Abteilung, 4 1/2 Uhr bei Hente, Hohenberger Str. 10, 25. Versammlung des Bezirksvereins „Die politische Lage“.
7. Bezirk, 2. Verwaltungsbereich Westfalen, abends 7 Uhr Hochschätzung bei Dietrich, Demminstraße 10, 6. der Centralen der Straße.
7. Bezirk, abends 7 Uhr Verhandlung bei Köhler, Vogelpeter Str. 17. Jede Mitteilung muß vorzulegen sein.
8. Bezirk, 6-7 Uhr Materialausgabe für Bezirksleiter, 8 1/2 Uhr in den Kreisvereinen Materialausgabe und Treffpunkt für alle Genossen zur Arbeit.
10. Bezirk, 1. und 4. Abteilung, 6. Bezirk, Giebichs, 100, 13. Bezirk, Giebichs, 24-26, 7 Uhr Generalversammlung der Berliner, Scheiber Str. 23. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
10. Bezirk, 2. Abteilung, abends 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Ruppert, Bismarck-Platz 5.
10. Bezirk, abends 6 1/2 Uhr Jugendleiter-Versammlung bei Tempel, Baumgartenstr. 27.

Mittwoch, 1. Juni

15. Verwaltungsbereich, Abteilung Oberhainweide, 7 1/2 Uhr im Lokal von Jandberg, Trauenstraße, Fortsetzung des Vortrages über Heinrich Heine, Genosse Voller, Gäste willkommen.
15. Verwaltungsbereich (Treppe), Glendie, Waltershof, Niederhainweide, 7. hainweide, abends 6 Uhr im Rathaus Treptow, Bezirksversammlung. Die Parteigenossen werden ersucht, bei der Versammlung auf der Tribüne beizutreten.
17. Bezirk, 2. und 3. Abteilung, abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Heider, Galmers, 8. der Kameruners Straße. Vollständiges und vollständiges Erscheinens unbedingt notwendig.
18. Bezirk, die gesamte Bezirksversammlung, die sich mit der Konstitution des Bezirks beschäftigen soll, findet nicht statt.
12. Bezirk, 2. und 3. Abteilung, 7 1/2 Uhr Vortrag: „Sozialismus und Sozialismus“ bei Heide, Galmers, 8.
16. und 17. Bezirk, Elternbeiräte, abends 7 Uhr Konferenz in der Schulhaus, Konradstr. 47, nahe Badstraße. Vortrag: „Der Schulauftrag des Oberlehrers“.
16. Bezirk, Bezirksrat und Ortskommissionen, abends 7 Uhr gemeinsame Sitzung im Schillerquartier, Konradstr. 1. Referent Genosse Mencke über: „Sozialismus und Kultur“. 2. Organisationsangelegenheiten. Vertreter aus allen Ortskommissionen werden ersucht.
- Weis, durch den Ortsleiterbetrat habe eine Besichtigung der Gartenbau-Schule stattfinden soll. Alle interessierten Eltern und Lehrkräfte sind dazu eingeladen. Bitte Beteiligung erwünscht. Treffpunkt 4 1/2 Uhr vorm. an der Remise des Rahmer Straße.
- Wilmersberg, 8 1/2 Uhr treffen sich die Ortsräte bei Hof, Mühlendammstr. 106, zu einer außerordentlichen Versammlung.

Donnerstag, 2. Juni

15. Verwaltungsbereich Reichsverband, 6 1/2 Uhr Verhandlung im Sitzungssaal des Reichsverbandes. Zu erscheinen haben der Vorstand, die Ortsleiter und alle Obleute der Kommissionen.
7. Bezirk, 2. Verwaltungsbereich, Frauenarbeits- und Kinderkommissionen, 7 Uhr Sitzung bei Reiz, Spinnmühlens Str. 10.
- Wilmersberg, 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Heide, Vollständiges Erscheinen notwendig.
- Niederhainweide, 4 1/2 Uhr Frauenabend im Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Str. 64.

Vereinskalender

Dienstag, 31. Mai

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Betriebsräte der Textilbranche, abends 5 Uhr bei Wille, Fehrl, 29. Versammlung; Betriebsrätefragen. — Betriebsräte der Spinnwebindustrie, abends 7 Uhr bei Wille, Fehrl, 29. Versammlung; Betriebsrätefragen. Wahl der Delegierten zur Betriebsratsversammlung des Verbandes.

Mittwoch, 1. Juni

- Zentralverband der Hausfrauen, Gruppe Papier (Gesellschafts-Gewerkschaft), abends 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c, Mitgliederversammlung.
- Zentralverband der Invaliden und Waisen Deutschlands, abends 7 Uhr große öffentliche Versammlung. Bei Zentrum, Spinnmühlensquartier, Steinstr. Nr. 31-34, bei Norden 1. Schulstraße, Obermühlens Str. 10.
- Deutscher Arbeiter-Verband, Gruppe Rüst-Verfahren, abends 7 1/2 Uhr Versammlung im Alten Hof, Konradstr. 11. T. O. D. Abhalten wie den Tarif-Verfahren und öffentlichen Erscheinens unbedingt notwendig, da die Tarif-Verfahren 12 Uhr mittags, abhalten.
- Internationale Bund der Arbeiter, Gruppe Süd-Bezirk, abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Brunnen-Verwaltung (Vordammstr.), Zimmerstraße 12.

Erwerbslosenfürsorge und Wirtschaftslage

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beriet in seiner Montagtagung über verschiedene Anträge zur Erwerbslosenfürsorge. — Abg. Körber (Soz.) referierte über einen gemeinsamen Antrag der beiden sozialistischen Parteien, der einen Unterausschuss zur Prüfung überweisen war. Gefordert wird sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang, vorzugsweise Berücksichtigung der von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke und Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau sowie Erhöhung der Unterstützungssätze. Ministerialrat Dr. Weigert (Reichsarbeitsministerium): Die Reichsregierung wendet den Fragen der Erwerbslosenfürsorge nach wie vor die größte Aufmerksamkeit zu und erkennt die Notwendigkeit vermehrter Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Arbeiten und die besondere Berücksichtigung der Gebiete mit großer Arbeitslosigkeit an. Der Unternehmerrückgang der öffentlichen Arbeiten muß in angemessenen Grenzen gehalten werden. Zur Unterstützung der Reichsregierung sollen bei Vergebung öffentlicher Aufträge Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber hinzugezogen werden. — Reichsarbeitsminister Dr. Baumbach: In wirtschaftlichen Kreisen sind vielfach Bedenken entstanden durch die Frage der allgemeinen Arbeitsbeschaffung und den zwangsweligen Schichtwechsel in der Privatindustrie. Die Reichsregierung hält eine Prüfung für die einzelnen Erwerbszweige für erforderlich. Da die Zentralarbeitsgemeinschaften bisher noch keine Unterlagen für die Entscheidung erbracht haben, ist der Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten ersucht worden. Die Belebung des Baumarktes ist im Gange. Die Unterstützung der Erwerbslosen kann man nicht als hoch bezeichnen, jedoch liegen die Löhne mancher beschäftigten Arbeiter, besonders der Kurzarbeiter, auch nicht wesentlich höher. Besondere Berücksichtigung verdienen die langfristigen Erwerbslosen; ihnen kann man eine einmalige Beihilfe zubilligen und muß sie bei Notstandsarbeiten bezorgten. — Vorsitzender Abg. Simon-Frank (U.S.P.): Einzelne der zur Diskussion stehenden Anträge haben bereits ihre Vorläufer in der Praxis, so z. B. bei den Folgen, die daraus entstehen, daß den Arbeitslosen dadurch Beschäftigung verschafft wird, daß allgemein die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Der durch die verkürzte Arbeitszeit entstehende Lohnausfall soll nach einem Antrage von den Arbeitgebern ersetzt werden. Dieser Gedanke ist nicht neu, denn schon während des Krieges bekamen die Arbeiter für den Lohnausgang durch Verkürzung der Arbeitszeit in der Textil- und Schuhindustrie eine Entschädigung, zu der Unternehmer, Reich, Staat und Gemeinde Zuschüsse leisteten.

Dihmann (U. S. P.) wies darauf hin, daß die in den Anträgen festgelegten Forderungen ein Mindestmaß darstellen, das bei Berücksichtigung auch der schlimmen Lage des Reiches und der Wirtschaft erfüllt werden kann. Glücklich wäre nichts, das ganze Problem müsse angepaßt werden. Das Arbeitslosenproblem müsse gemeinsam mit den Fragen der Wirtschaft behandelt werden. Statt in Unterhaltungen für Arbeitslose müßten die Gelder in Kanalarbeiten, Wohnungsbau usw. hineingesteckt und so zugleich die Umstellung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirksam in Angriff genommen werden. Der Redner erinnert an die Probleme im Kohlen- und Eisenerzbergbau; es haben in diesen Industrien Entlassungen stattgefunden auch im Siegerland und im Ruhrgebiet, ebenso im Kalibergbau, dessen Erzeugung für die Landwirtschaft von Bedeutung ist. Ähnlich steht es mit der Gemülden- und der Textilindustrie, der Export- und Luxusindustrie im Hinblick auf die Forderungen der Entente. Er wies auf noch ungeklärte Fragen in der Landwirtschaft, Udar-machung von Oedflächen und Herbeischaffung von Düngemitteln hin. Die Frage des Wiederaufbaues in Frankreich wolle bei allen Fragen, die für die Belebung unseres Arbeitsmarktes wesentlich sind, mit. Wenn heute Bauarbeiter fehlen, so nur deshalb, weil Hunderttausende in anderen Industrien beschäftigt sind und diese Arbeit nicht aufgeben wollen, ehe sie Sicherheit auf andere dauernde Arbeit haben. Auf den Wert der Arbeit wurde entgegen den Versicherungen gebandelt, die beim Rederehabilitationsgesetz betreffend Belebung der Beschäftigung gegeben worden waren. Die Aufträge müssen so vergeben werden, daß die Beteiligten disponieren können, es dürfe nicht wieder vorkommen, daß von dem angebotenen 16-Millionen-Auftrage für das R. B. W. mehr als die Hälfte 1920 schon verbaut war. Es dürfe also heute nicht wieder primitive Arbeit für die nächsten paar Monate, sondern es müßten Dispositionen für die nächsten Jahre erteilt werden. Es sei doch unverantwortlich, wenn jetzt die Treuhändergesellschaften für die Vergebung der 12 Milliarden des Rederehabilitationsgesetzes jetzt ein Rundschreiben an die Werkstätten richten, die Aufträge auf längere Zeit zu erteilen. Die Folge seien Entlassungen und harte Einstellungen. Schluß-Ergebnis habe das bewiesen, um 5000 Arbeiter auszulassen. Der volkswirtschaftliche Ausschuss müsse die Aufgaben des kommenden Winters geschäftlich vorbereiten. Die Angabe des Arbeitsministers, daß bei Annahme unserer Anträge kein Anreiz zur Arbeit mehr vorhanden sei, sei total falsch. Die einzelnen Ministerien müßten dem Ausschuss ein möglichst vollständiges Bild über das Wirtschaftsleben geben und sagen, was zu erwarten sei. Entgegen der Stellung

der Reichsregierung verlangt der Redner eine höhere Unterstützung der Arbeitslosen; ferner eine Sonderhilfe für die langfristigen Erwerbslosen.

Abg. Dr. Hugo (D. Sp.) stimmt dem Minister zu. — Erling (Zentr.): Die Erwerbslosenfrage ist keine Unterhaltungsfrage, sondern eine Frage der Arbeitsbeschaffung. — Abg. Mollenkott (Soz.): Es kommt vor allem darauf an, im Interesse der Arbeitslosen für Gegenstände herzustellen, für die ein besonderes dringendes Bedürfnis vorliegt. Zur Hebung der Produktion braucht man eine möglichst große Zahl ausgebildeter Leute. Die Bedeutung der Ausfuhr für die Produktion wird sehr überschätzt, viel wichtiger ist die Schaffung hinreichender Absatzgebiete im Inlande. — Abg. Ziegler (Dem.): Vieles wird durch unglückliche Maßnahmen der Verwaltung der Arbeitslosigkeit gesteigert. — Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.): Alle Vorschläge bezüglich Wohnungsbau auf dem Lande usw. können nur dann verwirklicht werden, wenn es zu einem Entgeltungsgeheh kommt, daß nur als Drohhilfe gegen unsoziale und schlecht wirtschaftende Landwirte ausführbar ist. — Abg. Matzahn (Komm.): Welche Maßnahmen will die Regierung gegen die Tendenz der Arbeitgeberverbände ergreifen, die eine Durchbrechung des Achtstundentages anstreben, sowie gegen willkürliche Betriebskündigung? — Abg. Hartwig (Dtl.) kritisiert den sozialistischen Antrag über Erwerbslosenfürsorge, da die hier geforderte Einführung der Kurzarbeit nur größere Arbeitslosigkeit zur Folge haben würde. — Abg. Blum (Zentr.) fordert eine engere organische Verbindung der städtischen Arbeitsnachweise mit denen der Landwirtschaftskammern. — Abg. Rahmann (Soz.) befürwortet den Bau von Landarbeiterwohnungen und beklagt das mangelnde Interesse der Großgrundbesitzer für diese Frage. Die Regierung muß mit einem klaren Programm in dieser Sache hervortreten.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wird, sofern sie die Hilfe für die langfristigen Erwerbslosen betrifft, heute vorgenommen, im übrigen erst mit der Beratung folgenden unabhängigen Antrages, die einzelnen Ministerien zu ersuchen, dem 5. Ausschuss Bericht zu erstatten über die gegenwärtige Wirtschaftslage 1. im Steln- und Braunkohlenbergbau, 2. im Eisenerzbergbau und der Sporenenindustrie, 3. im Kalibergbau, 4. in der Fein- und Exportindustrie, 5. im Baugewerbe, 6. über die Rechtsvorschriften und die Abnahmefähigkeiten der verschiedenen deutschen Industriezweige, 7. über den Stand der Verhandlungen wegen der Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien und der damit in Aussicht stehenden Aufträge für die deutsche Industrie.

Die Tagung der deutschen Bergarbeiter

k. Siegen, 29. Mai.

Die 23. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands trat heute abend 7 Uhr im Hotel „Einhorn“ zusammen. Es nahmen an ihr rund 200 Vertreter teil, darunter 150 stimmberechtigte Delegierte. Sehr groß ist die Zahl der Gäste, auch aus dem Ausland, u. a. Dejarbin-Brüssel und Nikolaus Dethier-Holland. Die Tagung eröffnete der zweite Vorsitzende des Verbandes, Waldheer-Bodum. Zunächst begrüßte namens des Siegener Gewerkschaftsrates S.: phan-Siegen den Kongress. Er mahnte zum Zusammenhalten und zur Einigkeit der organisierten Arbeiterklasse, es gehe um das

Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse.

Nicht nur die Siegener Arbeiterklasse, sondern die ganz Deutschlands sehe auf die Verhandlungen. Er hofft, daß Meinungsverschiedenheiten ruhig und sachlich ausgetragen werden. Glück auf zur Arbeit!

Die eigentliche Eröffnungsrede hielt hierauf Verbandsvorsitzender Abg. Hülsmann-Bodum, der ausführte, daß der Verbandstag nach Siegen einberufen wurde, weil unser Verband in diesem Bezirk in den letzten Jahren eine glänzende Entwicklung genommen hat. Wir haben in den letzten Jahren eine schwere Zeit durchgemacht, wir hoffen aber, daß die Internationale wieder einig und geschlossen erstanden wird. Hülsmann begrüßte die ausländischen Delegierten und fährt dann fort: Wir begrüßen besonders die kämpfenden Kameraden jenseits des Kanals; wir verfolgen ihre Kämpfe und werden ihnen

Hilfsreich zur Seite stehen.

Wir haben Vorsorge getroffen, daß deutsche Kohlen nicht hintergeschickt werden können nach England. (Beifall.) Wir wollen aber ferner bedenken unserer kämpfenden Kameraden in Oesterreich und in deutschen Bergrevieren. Redner erinnert sodann an die schweren Kämpfe der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1894-95, die nicht umsonst gewesen seien. Die Ziele, die damals gesteckt, seien zum Teil erreicht. Im Kämpfen und Ringen ist die

Organisation stark geworden.

Schwer sind die Aufgaben, die vor uns stehen. Es muß versucht werden, das, was der Krieg zerstört, wieder aufzubauen. Auch wir wollen daran mitarbeiten, aber nicht als Sklaven der Kapitalisten, sondern als freie Bürger. Dem Internationalismus des Kapitals müssen wir die

Internationale der Arbeiter

entgegensetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen an Stelle der kapitalistischen Wirtschaft die sozialistische Gemeinwirtschaft. Zur Durchsetzung dieses Zieles brauchen wir aber die Einigkeit der gesamten Bergarbeiter, eine einigte Gesamtarbeiterkraft. Statt dessen sehen wir Zerstückelung der Arbeiterkraft. Unsere Tagung soll zur Einigkeit und Geschlossenheit beitragen, dann können wir gewiß sein, daß unsere Arbeit nicht vergebens sein wird. (Beifall, Beifall.)

Der Vorsitzende des belgischen Bergarbeiterverbandes, Dejarbin-Brüssel, überbrachte die Grüße der belgischen Kameraden. Seine im kameradschaftlichen Geiste gehaltenen Ausführungen wurden mit warmem Beifall aufgenommen. Er sagte, die belgischen Kameraden würden solidarisch den deutschen Kameraden in dem

Kampfe gegen das Kapital und gegen den Militarismus

zur Seite stehen. Wir haben die gleichen Interessen wie Sie. Es freut uns, daß wieder aufgerichtet werden soll, was bei uns zerstört worden ist. Gegen den Versuch eines neuen Krieges müssen wir einmütig aufstehen. Dazu ist notwendig Einigkeit in der Heimat und

Einigkeit in der Internationale.

Seien wir uns der Macht bewußt, die die internationale Arbeiterkraft darstellt. Bleibt einig und geschlossen! Nach der Konstituierung trat Vertagung ein.

Verbandstag der Angestellten

Eröffnungssitzung

In Weimar ist am Sonntag der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten eröffnet worden, nachdem diese Organisation im Jahre 1919 aus der Vereinigung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen mit dem Verbande der Bureauangestellten hervorgegangen ist.

Anwesend sind 128 stimmberechtigte Delegierte, ferner verschiedene Gäste aus dem In- und Auslande, sowie die Mitglieder des Verbandsvorstandes, die Redakteure und Vertreter der sonstigen Verbandsinstanzen mit beratender Stimme.

Verbandsvorsitzender Urban eröffnete die Tagung, indem er auf die Bedeutung der bevorstehenden Beratungen hinwies.

Emil-Amsterdam überbrachte die Grüße des Internationalen Angestelltenbundes. Er entledigte sich dieser Aufgabe — wie er ausführte — sehr gern, da der J. d. A. die größte und bisher richtunggebende Organisation ist, die dem Internationalen Angestelltenbund angehört. Es habe sich aus der Tatsache, wie vor kurzem in Paris die französischen Angestellten den deutschen Vertreter ausgenommen haben, ferner aus dem Umstande, daß die belgischen Angestellten gegen die Besetzung des Ruhrgebietes protestiert haben, gezeigt, daß wahrer internationaler Geist im Internationalen Angestelltenbund herrsche. Die holländischen Kollegen hätten in den Deutschen bisher immer ihre gewerkschaftlichen Vorbilder gesehen; er wüßte dem deutschen J. d. A. auch ferner die geistig führende Rolle. In England schließen sich die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände immer mehr zu einer Organisation zusammen; möge es dem J. d. A. durch weiteres Wachstum vergönnt sein, zahlenmäßig an der Spitze der international verbundenen Angestelltenverbände zu bleiben. Aufhäuser vom Deutschen Allgemeinen Angestelltenbund verwies auf die historische Bedeutung, die die beiden Vorläufer des J. d. A. für die Angestelltenbewegung gehabt haben, möge der J. d. A. auch für die Zukunft die gleiche Rolle ausfüllen. In einer Zeit, als die große Masse der Angestellten dem gewerkschaftlichen Gedanken noch feindselig gegenüberstand, habe der J. d. A. unermüdete Pionierarbeit geleistet. Er habe unerbittlich seine Grundzüge verteidigt; er habe — als es damals nicht anders ging — den Mut gehabt, klein zu bleiben; er habe nicht preisgegeben, um vielleicht durch eine solche Nachgiebigkeit schneller größer zu werden. So ist der J. d. A. zum Vorbild geworden. Wenn seit einigen Monaten in manchen Kreisen der Angestellten wieder Angstlichkeit und Bangigkeit vor dem Unternehmertum zurückgekehrt seien, so werde der J. d. A. insofern eines solchen Konjunkturschwungs seiner Vergangenheit nicht untreu werden, sondern ein Kompaß für die Angestelltenbewegung bleiben, die nicht nur Tariffragen zu lösen, sondern ihr Ziel auf die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung zu richten hat.

Alsdann sprach Hülsmann vom Deutschen Zentralverband der Angestellten in Handel, Industrie und Verkehr in der Tschchoslowakei, Besse vom Deutschen Werkmeister-Verband, Dr. Freund vom Verband der Bank- und Sparkassenbeamten in Prag. Die Ansprachen der Redner wurden sämtlich mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nachdem erfolgte die endgültige Festsetzung der Tagesordnung; dann wurden die Beratungen auf Montag früh vertagt.

Billige Angebote

Wasch-Stoffe

Krepon in vielen Farben.....Meter	7 ⁰⁰
Perkal für Oberhemden.....Meter	9 ⁷⁵
Musselin imit., hübsche Muster .Meter	12 ⁹⁰
Blusenstreifen hell. .Meter	14 ⁵⁰
Kräuselstoff hübsch. Mast. Meter	15 ⁰⁰

Kurzwaren

HaarnadelnBrief, 25 Stück	50 ⁰⁰
Haarnadeln extra stark, glatt oder gewellt ...Paket	65 ⁰⁰
Lockennadeln2 Pakete	25 ⁰⁰
Sicherheitsnadeln schwarz u. weiß sortiert .Mappe	75 ⁰⁰
Stopf-Twist schwarz od. farbig Knäuel	85 ⁰⁰
Druckknöpfe garant. rostfrei .Dutz	70 ⁰⁰
Wäscheknöpfe bespannen... Dutz	55 ⁰⁰

Herrn-Artikel

Serviteur farbiger Zephir.....	4 ⁵⁰
Strickbinder gute Qualität ...	9 ⁷⁵
Sportgarnitur Serv. leure mit festem Krag.	16 ⁷⁵
S Rohhut Malclofform.....	24 ⁵⁰
Oberhemd einfarbig, mit zwei passenden Kragen .	98 ⁵⁰

Voile-Bluse prima Voll-Voile mit rundem Ausschnitt und bunter Kurzelei 29⁵⁰

Jabot-Bluse weiß Voile mit farbiger Garnierung, entzückende Machart 49⁵⁰

Damen-Kleider

prima Voll-Voile, weiß oder farbig, nur neueste Macharten 89⁵⁰ 98⁰⁰ 118⁰⁰

Sport-Bluse aus weichem festen Wäschestoff offen od. geschlossen zu tragen 39⁵⁰

Kleider-Rock aus gutem Frotté in hellen Farben, sehr fesche Form 79⁵⁰

Weißer Damenstrümpfe

lang Paar 6⁰⁵ 10⁰⁵ 14⁰⁵

JANDORE

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnstraße Kolibuser Damm Wilmersdorfer Str.

Der Papierwucher

Die unvermeidliche Erhöhung der Druckpapierpreise droht zu ganz unhaltbaren Zuständen zu führen. Wenn es auch gelungen ist, die Preisforderungen der Papierproduzenten von etwa 400 M. pro 100 Kilogramm durch nochmalige Bereitstellung eines monatlichen Betrages von 6 Millionen Mark durch das Reich, durch Ermäßigung des Gütertarifs und durch die unbeschränkte und ausschließliche Zubilligung der Ausfuhrerlaubnis an die Papierfabriken auf 340 M. herabzudrücken, so ist auch dieser Preis noch ganz unerträglich hoch. Bleibt der Druckpapierpreis auf dieser Höhe, so ist mit dem Zusammenbruch zahlreicher Zeitungsunternehmen und mit dem Verlust der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit eines großen Teils der deutschen Presse zu rechnen. Daß mit dieser Möglichkeit eine Gefahr droht, die geradezu verhängnisvoll für die Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse werden muß, bedarf keiner weiteren Erwähnung.

Auch der Reichstag hat sich kurz vor den Pfingstferien, mit der üblichen Interesselosigkeit für solche einschneidenden Fragen, mit diesen Zuständen beschäftigt. Als Mitglied des interfraktionellen Ausschusses zur Beratung der Produktions- und Preisverhältnisse auf dem Druckpapiermarkt wies unser Genosse Brandes in öffentlicher Sitzung auf die riesigen Gewinne der Papierindustrie hin, auf die Maßnahmen der Kartelle zur Hochhaltung der Preise, sowie auf die großen Schieibungen von Druckpapier ins Ausland. Die Ausführungen des Genossen Brandes werden bestätigt und präzisiert in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“. Es ist immerhin beachtlich, wenn selbst ein bürgerliches Blatt, das zudem den Handels- und Industriekreisen nicht fernsteht, in entschiedenster Weise gegen die Manipulationen der Papierindustriellen vorgeht. Wir erfahren da, daß die Papierindustrie ihre Preisgestaltung von der Wirtschaftlichkeit der schwächsten, organisatorisch und technisch am ungünstigsten arbeitenden Werke abhängig macht. Der Konsum hat also zu bezahlen, wenn organisatorische und technische Rückständigkeit mangelnde Initiative und Lotterwirtschaft die Produktivität der Betriebe einschränkt. Um diese indirekte Profitance schmacht zu machen, erklären die Unternehmer, daß auch den schwächeren Betrieben mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft die Existenzmöglichkeit gewährt werden müsse. Das ist zwar ein ins Auge fallender, aber nichtsdestoweniger falscher Standpunkt. Wenn man diesen Grund auf die gesamte Wirtschaft anwenden wollte, so brauchten wir kein Streben nach Verbesserungen und Verfeinerungen der Technik, nach ausgefeilterer Wirtschaftlichkeit der Betriebsführungen, kurz nach Qualität der Leistungen und der Produktionsverhältnisse. Gebe man den Arbeitern und den Angestellten nur weitgehendsten Einfluß auf die Betriebsleitungen. Sie werden schon dafür sorgen, daß die Produktivität der Betriebe nicht leidet. Mit dieser äußerlich populären, innerlich aber unwahren Begründung, können die Papierzeuger nur schlecht verdecken, daß es sich für sie bei der Anwendung dieses Grundgesetzes eben sehr gut leben läßt und sie gar kein Interesse daran haben, daß die wirtschaftlich schwächeren Unternehmungen gestärkt werden. Im sel-

ben Augenblick würde sich ja ihre Profitrate verringern. Es heißt dazu auch ganz richtig in dem angezogenen Artikel:

Wenn sich das Kartell nicht mit den wirtschaftlichen Gesamtinteressen in striktem Widerspruch stellen, wenn es nicht einen öffentlichen Eingriff geradezu herausfordern will, so muß es dafür Sorge tragen, daß durch Konzentrierung und technisch zweckmäßige Verteilung der Produktion innerhalb seines Mitgliederkreises ein korrekter Durchschnitt der Herstellungskosten zur Grundlage des Verbraucherpreises wird. Jede andere Gebahrung führt zu phantastischen und wucherischen Gewinnen für jene Kartellwerke, die mit sehr viel niedrigeren Herstellungskosten arbeiten. Die Folgeerscheinungen der bisherigen Methoden für die Wahl der Preisgrundlagen in den Kartellen zeigen denn auch alle jene hypertrophischen Gewinnercheinungen, welche im großen und ganzen die Ertragsverhältnisse in der Druckpapier- wie in der Zellstoffindustrie kennzeichnen. Aber nicht minder gibt zur durchgreifenden Revision Anlaß die andere Forderung des Reichstags, die auf Prüfung der Herstellungskosten für Druckpapier und seine Vorstoffe gerichtet ist.

Darauf kommt es an! Es muß festgestellt werden, durch eingehende und rücksichtslose Untersuchung unter Hinzuziehung der beteiligten Arbeiter- und Angestelltenkreise, ob die Steigerung der Herstellungskosten der Papierindustrie gegenüber der Friedenszeit eine Steigerung des Papierpreises auf das zehnfache des Vorkriegspreises rechtfertigen. Weiterhin muß festgestellt werden, woher die außerordentlichen, ganz ungewöhnlichen hohen Gewinne der Papier- und Zellstoffindustrie kommen, und mit welchen Mitteln der Abschreibungen, der Rücklagen, der Uebertragungen auf andere Unternehmungen sie verschleiert werden. Wie man hier vorgeht, wird klar aus dem Geschäftsbericht eines der größten Unternehmungen der Papierindustrie der A.-G. für Papier- und Zellstoff-Fabrikation in Aschaffenburg. Für starke auswärtige Holzinteressen hat man so große Rücklagen gebucht, daß es wohl selbst der Verwaltung etwas zu viel des Guten erschien. Sie befandete der Generalversammlung selbst, man habe

die auswärtigen Bestände nicht in ihrer ganzen Höhe in die Inventur eingestellt, das übrige vorläufig unberücksichtigt gelassen. Wir sind dabei ziemlich rigoros vorgegangen, weil wir uns jagten, selbst wenn wir hier des Guten vielleicht zu viel tun würden, der Effekt dann eben im laufenden oder einem der folgenden Geschäftsjahre zum Ausdruck kommt.

Auf diese Weise werden die durch die Schröpfung der Papierkonsumenten gemachten Riesengewinne verdunkelt. Und hierzu vergleiche man die ewigen Klagen über den Niedergang des Wirtschaftslebens und die mangelnde Einsicht der Arbeiter, die angesichts dieser Gewinne selbstverständlich danach streben, an den von ihnen selbst geschaffenen Wert teilzuhaben. Aber abgesehen davon, zeigt uns dieses Verfahren auch die krasse Rücksichtslosigkeit der kapitalistischen Produktion, die ungestört um die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben den einzelnen Betrieb oder die einzelne Industrie zu Höchstprofitleistungen emporreibt, ohne sich um das Schicksal der Konsumenten zu kümmern. Wir fürchten allerdings, daß auch die eingehendste Untersuchung, so notwendig wir sie halten, an den Verhältnissen nicht viel ändern werden. Diese beruhen in der Mechanik der kapitalistischen Wirtschaft. Soll der Zusammenbruch des Zel-

tungsgewerbes, soll die Stinnesierung der deutschen Presse verhindert werden, so bedarf es stärkerer Eingriffe. Nur die Sozialisierung der Papierindustrie wird diese ungesunden Zustände beseitigen und die Reinlichkeit und Unabhängigkeit der deutschen Presse gewährleisten.

Militaristische Willkür. Wie die „Dona“ aus Duisburg meldet, ließ die französische Besatzungsbehörde am Dienstag ohne Angabe von Gründen sämtliche bei der Quäterspeisung verwandten Kessel, in denen das Essen zubereitet und abgeholt wird, beschlagnahmen. Die Speisungen mußten infolgedessen in Duisburg eingestellt werden. Von der Leistung der amerikanischen Kinderhilfskommission in Essen wurde gegen diese beispiellose Willkür Einspruch erhoben, zumal ausschließlich die notleidenden Kinder davon betroffen werden. Sollte sich die Meldung in dieser Form bewahrheiten, so wäre allerdings kein Ausdruck stark genug, um diese willkürliche Schädigung des großzügigen Hilfswerks der Quäters zu kennzeichnen.

Die britische Handelsdelegation für Rußland. Die „Times“ melden, die offizielle britische Handelskommission, die sich in den nächsten Tagen nach Moskau begeben wird, werde aus etwa 20 Personen bestehen. Die erste Aufgabe der Kommission wird sein, mit den Sowjethandelsbehörden Fühlung zu nehmen, und vielleicht begeben sich von Moskau aus einige Vertreter der Kommission nach Petersburg und Archangelsk, um den Handel in jeder möglichen Richtung zu fördern.

Aus der Parteipresse

Das Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien

Längst erwartet, ist endlich das stenographische Protokoll der Wiener Internationalen Sozialistenkonferenz, die im Februar dieses Jahres stattfand, erschienen. Es enthält einleitend die Dokumentation zur Vorgeschichte der Konferenz, unter denen dem Berner Manifest besondere Bedeutung zukommt, sodann in übersichtlicher Anordnung die genaue Wiedergabe der Verhandlungen. Daran schließt sich der Text der von der Konferenz beschlossenen Leitsätze, Statuten und Resolutionen; ihm folgen die Erklärungen der Parteien und die besonders bemerkenswerten Denkschrift der ungarischen Sozialdemokraten an die Konferenz über die Rolle der Sozialdemokratie in der ungarischen Kätterregierung. Die Verkaufbarungen der Konstituierung des Exekutivkomitees, ein Verzeichnis der Delegierten usw. vervollständigen den Band.

Das Protokoll wird von jedem Sozialisten als bedeutungsvolles historisches Dokument begrüßt werden, das ihm die Erinnerung an den ersten, Ereignis gewordenen Versuch des Wiederaufbaues der Internationale lebendig erhält. Darüber hinaus bietet es jedem, der den Weg zur Einigkeit und Befreiung der Arbeiterklasse sucht, in den Reden der besten Vertreter des internationalen Sozialismus und in den klaren und kraftbewußten Programm-erklärungen der Konferenz eine reiche Fülle von Erkenntnis.

Das Protokoll ist im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, erschienen und dort zum Preis von K 90.— (= M. 12.— = Fr. 1.50) zu beziehen.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Bleich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gemeindefach: Gerhart Seger, Berlin; für den Anzeigenenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kaminer, Karlsruhe. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin E2, Breite Str. 6/8.

Machen Sie es ebenso!

(Nachdruck verboten.)

Die Augen sind zum Sehen da, nicht aber, um Ärger und Verdruß zu bereiten, wie dies durch Augengläser meist geschieht.

Jeder, der sich im Genuß der Ruhe-Garantie befindet, hat Behagen und Zufriedenheit von seinen Augengläsern zu verlangen, nur muß er sich die kleine Mühe machen, uns rechtzeitig zu besuchen, was zu unserem Bedauern noch lange nicht häufig genug geschieht, wie folgender Vorfall zeigt:

Vor einigen Tagen besuchte uns ein Herr und erzählte etwa folgendes: „Vor mehr als drei Jahren kaufte ich in einem Ihrer Geschäfte in Berlin einen Kneifer. Der Verkäufer gab sich die größte Mühe, und ich war zufrieden, ganz besonders mit den guten Punktort-Gläsern. Nach einiger Zeit aber wollte der Kneifer nicht mehr gut

sitzen; ich bog daran herum, aber es wurde nicht besser. Nachdem ich mich zwei Jahre daran geärgert hatte, konnte ich auch nicht mehr gut damit sehen. Nun ging ich in Ihr Hauptgeschäft am Spittelmarkt und forderte wütend einen neuen Kneifer auf Grund der Garantie.

Der Geschäftsführer entwarfnete mich sofort, indem er sagte: „Selbstverständlich erhalten Sie einen neuen Kneifer.“ Nachdem er mir diesen ohne Nachzahlung ausgehändigt hatte, hat er mich, ihn doch alle Monate einmal zu besuchen, um mir meinen Kneifer richten zu lassen. Selbst sollte ich nicht mehr daran diegen. Nun, ich bin etwas nervös, und spiele oft mit meinem Kneifer, ohne es zu bemerken; deshalb habe ich den Rat befolgt und bin seit etwa einem halben Jahre alle drei bis vier Wochen bei Ihnen gewesen. Seitdem weiß ich erst, was die Ruhe-Garantie wert ist; denn ich bin jetzt wirklich ganz zufrieden mit meinen Augengläsern. Aber nun ist meine Garantiezeit erloschen; also bitte richten Sie mir meine Gläser, ich will es gern bezahlen.“

Wir richteten den Kneifer aber ohne Bezahlung. Der Herr sagte darauf: „Das habe ich nicht anders erwartet; aber Sie haben es dennoch nicht umsonst getan; denn ich habe Optiker Ruhnke überall warm empfohlen, wo von Augengläsern die Rede war.“

Wir richten an jeden Augenglästräger, auch wenn er noch nicht im Besitz der Ruhnke-Garantie ist, die Bitte: „Machen Sie es ebenso!“

Wir wollen gern kostenlos Ihre Kneifer und Brillen in gutem Zustande erhalten, indem wir sie fachkundig richten zu korrektem Sitz, lockere Schrauben und Gläser befestigen; Stege und Fassungen säubern und ähnliches. Sie sollen ebenfalls unnötige Kosten und Ärger ersparen. Sie werden sich dafür gern unser freundlich erinnern, wenn Sie neuer Augengläser benötigen. Dürfen wir bald Ihre Bekanntheit machen? Unsere modern und behaglich eingerichteten Spezialgeschäfte sind immer bequem zu erreichen.

Aus nachfolgenden Adressen werden Sie

ersehen, daß eines dieser Geschäfte auf Ihrem Wege liegt. Optiker Ruhnke, Schöneberg, Hauptstr. 21, Ecke Mozienstraße; Friedenau, Rheinstr. 18, Ecke Kirchstraße; Neukölln, Bergstr. 4, Ecke Zietzenstraße; Spandau, Breite Str. 18, nahe Markt; SO, Oranienstraße 44, zwischen Moritz- und Oranienplatz; S, Kottbusser Damm 10, nahe Jandorf; O, Frankfurter Allee 14, nahe Tieh; C, Spittelmarkt, Ecke Wallstraße; Alexanderplatz, nahe Aschinger; SW, Belle-Alliance-Straße 4, nahe Jandorf; W, Friedrichstraße 193a, Ecke Leipziger Straße; Leipziger Straße 113, Ecke Mauerstraße; Linkstr. 1, Ecke Potsdamer Straße; NW, Friedrichstraße 150, Ecke Dorotheenstr.; N, Chausseestraße 72, nahe Müllerstraße; Schönhauser Allee 81, am Bahnhof Nordring; Friedrichstraße 106, Ecke Hofenstraße; Invalidenstraße 164, Ecke Brunnenstraße; Invalidenstraße 117, am Stettiner Bahnhof; Charlottenburg, Lauenzienstr. 15, Ecke Marburger Straße; Joachimsthaler Str. 2, nahe Bahnhof Zoo; Wilmersdorf, Berliner Straße 132/133, nahe Umlandstraße.

F ü r d i e R e i s e

Weiß Leinen-Spangenschuhe mit weiß bezogenem Absatz, Größe 36/37

43⁸⁵

Braun echt Chr.-Damen-Halb-schuhe gute Paßform..... 138⁸⁵

Schwarz-R.-Chevreaux Damen-Halb-schuhe mit Lackkappe, hohem Absatz

95⁸⁵

Braune und Lack-Oxfordschuhe randgenäht, La Qualität und Ausführung 155⁸⁵

Als besonders preiswert empfehlen wir:

Braune Rindbox-Knabenstiefel 36/39 158⁸⁵

solide Ausführung, hübsche Form

„Der Schuhhof“ Berlin W. 9 Linkstr. 11

Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung Inh. Theod. David

Kein Laden, 4-Etagen-Verkaufshaus

Zweigverlassung: Spandau, Breite Straße 22, I

bringen wir Saison-Artikel besonders preiswert